Bundesgesetzblatt

241

Teil II **Z 1998 AX**

1979	Ausgegeben zu Bonn am 8. März 1979	Nr. 12

Tag	Inhalt	Seite
2. 3. 79	**Gesetz zu dem Abkommen vom 22. Juli 1977 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Ecuador zur Vermeidung der Doppelbesteuerung auf dem Gebiet der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen**	241
20. 2. 79	Verordnung über die Zusammenlegung der deutschen und niederländischen Grenzabfertigung am Grenzübergang An der Schwalme/Swalmen	259
20. 2. 79	Verordnung über die Zusammenlegung der deutschen und der niederländischen Grenzabfertigung am Grenzübergang Klein-Netterden/Netterden	262
20. 2. 79	Verordnung über die Zusammenlegung der deutschen und der niederländischen Grenzabfertigung in Zügen während der Fahrt auf der Strecke Kleve-Arnheim	265
31. 1. 79	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Übereinkommens über die Haftung gegenüber Dritten auf dem Gebiet der Kernenergie nebst Zusatzvereinbarungen	268
20. 2. 79	Bekanntmachung der Vereinbarung zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Republik Kenia über Finanzielle Zusammenarbeit	268
20. 2. 79	Bekanntmachung über das Inkrafttreten des Kooperationsabkommens zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und der Arabischen Republik Ägypten	270
22. 2. 79	Bekanntmachung über das Inkrafttreten des Kooperationsabkommens zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und der Libanesischen Republik	270
27. 2. 79	Bekanntmachung über das Inkrafttreten des Übereinkommens zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland, der Regierung der Französischen Republik und der Regierung des Spanischen Staates über die Erstreckung einiger Vorschriften über die Soziale Sicherheit	271
27. 2. 79	Bekanntmachung des Abkommens zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Republik Mali über Finanzielle Zusammenarbeit	271

Gesetz
zu dem Abkommen vom 22. Juli 1977
zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Ecuador
zur Vermeidung der Doppelbesteuerung
auf dem Gebiet der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen

Vom 2. März 1979

Der Bundestag hat mit Zustimmung des Bundesrates das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel 1

Dem in Quito am 22. Juli 1977 unterzeichneten Abkommen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Ecuador zur Vermeidung der Doppelbesteuerung auf dem Gebiet der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen sowie der Zusatzvereinbarung zu diesem Abkommen wird zugestimmt. Das Abkommen und die Zusatzvereinbarung werden nachstehend veröffentlicht.

Artikel 2

(1) Soweit das Abkommen auf Grund seines Artikels 29 Abs. 2 oder auf Grund der Nummer 4 der Zusatzvereinbarung für die Zeit vor seinem Inkrafttreten anzuwenden ist, steht dieser Anwendung die Unanfechtbarkeit bereits vor dem Inkrafttreten ergangener Steuerfestsetzungen nicht entgegen.

(2) Soweit sich auf Grund des Absatzes 1 dieses Artikels oder auf Grund des Artikels 29 Abs. 2 des Abkommens oder auf Grund der Nummer 4 der Zusatzvereinbarung zu dem Abkommen für die Zeit bis zum Beginn des Jahres, in dem das Abkommen in Kraft tritt, bei der jeweiligen Steuerart unter Berücksichtigung der jeweiligen Besteuerung in der Bundesrepublik Deutschland und in der Republik Ecuador insgesamt eine höhere Belastung ergibt, als sie nach den Rechtsvorschriften vor Inkrafttreten des Abkommens bestand, wird der Steuermehrbetrag nicht erhoben.

Artikel 3

Dieses Gesetz gilt auch im Land Berlin, sofern das Land Berlin die Anwendung dieses Gesetzes feststellt.

Artikel 4

(1) Dieses Gesetz tritt am Tage nach seiner Verkündung in Kraft.

(2) Der Tag, an dem das Abkommen nach seinem Artikel 29 Abs. 2 in Kraft tritt, ist im Bundesgesetzblatt bekanntzugeben.

Das vorstehende Gesetz wird hiermit ausgefertigt
und wird im Bundesgesetzblatt verkündet.

Bonn, den 2. März 1979

Der Bundespräsident
Scheel

Der Bundeskanzler
Schmidt

Der Bundesminister der Finanzen
Matthöfer

Der Bundesminister des Auswärtigen
Genscher

Abkommen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Ecuador zur Vermeidung der Doppelbesteuerung auf dem Gebiet der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen

Convenio entre la República Federal de Alemania y la República del Ecuador para evitar la Doble Imposición en materia de Impuestos sobre la Renta y sobre el Patrimonio

Die Bundesrepublik Deutschland

und

die Republik Ecuador

VON DEM WUNSCH GELEITET, ein Abkommen zur Vermeidung der Doppelbesteuerung auf dem Gebiet der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen zu schließen

HABEN FOLGENDES VEREINBART:

Artikel 1

Persönlicher Geltungsbereich

Dieses Abkommen gilt für Personen, die in einem Vertragsstaat oder in beiden Vertragsstaaten ansässig sind.

Artikel 2

Unter das Abkommen fallende Steuern

(1) Dieses Abkommen gilt, ohne Rücksicht auf die Art der Erhebung, für Steuern vom Einkommen und vom Vermögen, die für Rechnung eines der beiden Vertragsstaaten, seiner Länder oder einer ihrer Gebietskörperschaften erhoben werden.

(2) Zu den zur Zeit bestehenden Steuern, für die dieses Abkommen gilt, gehören insbesondere

a) in der Bundesrepublik Deutschland:
   die Einkommensteuer,
   die Körperschaftsteuer,
   die Vermögensteuer und
   die Gewerbesteuer

   (im folgenden als „deutsche Steuer" bezeichnet);

b) in der Republik Ecuador:
   die Einkommensteuer (impuesto sobre la renta) einschließlich der Zusatzsteuern für die „Comisión de Tránsito de Guayas", das „Centro de Rehabilitación de Manabí", die Universitäten und die polytechnischen Schulen,
   die Ausländersteuer für die „Liga Ecuatoriana Antituberculosa" (impuestos a los Extranjeros para la Liga Ecuatoriana Antituberculosa),
   die Steuer auf Umlaufvermögen (impuesto a los capitales en giro)
   (im folgenden als „ecuadorianische Steuer" bezeichnet).

La República Federal de Alemania,

y

la República del Ecuador

DESEANDO concluir un Convenio para evitar la Doble Imposición en materia de Impuestos sobre la Renta y sobre el Patrimonio,

HAN CONVENIDO LO SIGUIENTE:

Artículo 1

Ambito subjetivo

El presente Convenio se aplica a las personas domiciliadas en uno o ambos Estados Contratantes.

Artículo 2

Impuestos comprendidos en el Convenio

(1) El presente Convenio se aplica a los impuestos sobre la renta y sobre el patrimonio, según el caso, exigibles por cada uno de los Estados Contratantes, de sus Estados Federados, de sus subdivisiones políticas y de sus autoridades locales, cualquiera que sea el sistema de su exacción.

(2) Los impuestos actuales a los que, concretamente, se aplica este Convenio son:

a) En la República Federal de Alemania:
   el Einkommensteuer (impuesto sobre la renta);
   el Körperschaftsteuer (impuesto sobre sociedades);
   el Vermögensteuer (impuesto sobre el patrimonio); y
   el Gewerbesteuer (impuesto sobre las explotaciones industriales y comerciales)
   (los que, en lo sucesivo, se denomina "impuesto alemán").

b) En la República del Ecuador:
   el impuesto sobre la renta, inclusive los adicionales para la Comisión de Tránsito del Guayas, Centro de Rehabilitación de Manabí, universidades y escuelas politécnicas;
   el impuesto a los extranjeros para la Liga Ecuatoriana Antituberculosa; y
   el impuesto a los capitales en giro
   (los que en lo sucesivo se denominarán "impuesto ecuatoriano").

(3) Dieses Abkommen gilt auch für alle Steuern gleicher oder ähnlicher Art, die künftig neben den zur Zeit bestehenden Steuern oder an deren Stelle erhoben werden.

(4) Die Bestimmungen dieses Abkommens über die Besteuerung des Einkommens oder des Vermögens gelten entsprechend für die nicht nach dem Einkommen oder dem Vermögen berechnete deutsche Gewerbesteuer.

(3) El presente Convenio se aplicará también a los impuestos futuros de naturaleza idéntica o análoga que se añadan a los actuales o que los sustituyan.

(4) Las disposiciones del presente Convenio relativas a la imposición sobre la renta o sobre el patrimonio se aplicarán por analogía al impuesto alemán sobre las explotaciones industriales y comerciales calculado sobre una base distinta de la renta o del patrimonio.

Artikel 3

Allgemeine Begriffsbestimmungen

(1) Im Sinne dieses Abkommens, wenn aus dem Zusammenhang nichts anderes hervorgeht,

a) bedeuten die Ausdrücke „ein Vertragsstaat" und „der andere Vertragsstaat" je nach dem Zusammenhang die Bundesrepublik Deutschland oder die Republik Ecuador und, im geographischen Sinn verwendet, den Geltungsbereich des Steuerrechts des betreffenden Staates;

b) bedeutet der Ausdruck „Person" natürliche Personen und Gesellschaften;

c) bedeutet der Ausdruck „Gesellschaft" juristische Personen oder Rechtsträger, die für die Besteuerung wie juristische Personen behandelt werden;

d) bedeuten die Ausdrücke „eine in einem Vertragsstaat ansässige Person" und „eine in dem anderen Vertragsstaat ansässige Person" je nach dem Zusammenhang eine in der Bundesrepublik Deutschland oder eine in der Republik Ecuador ansässige Person;

e) bedeuten die Ausdrücke „Unternehmen eines Vertragsstaats" und „Unternehmen des anderen Vertragsstaats" je nachdem ein Unternehmen, das von einer in einem Vertragsstaat ansässigen Person betrieben wird, oder ein Unternehmen, das von einer in dem anderen Vertragsstaat ansässigen Person betrieben wird;

f) bedeutet der Ausdruck „Staatsangehöriger"

aa) in bezug auf die Bundesrepublik Deutschland alle Deutschen im Sinne des Artikels 116 Absatz 1 des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland sowie alle juristischen Personen, Personengesellschaften und anderen Personenvereinigungen, die nach dem in der Bundesrepublik Deutschland geltenden Recht errichtet worden sind;

bb) in bezug auf die Republik Ecuador alle ecuadorianischen Staatsangehörigen sowie alle juristischen Personen, Personengesellschaften und anderen Personenvereinigungen, die nach der Verfassung und dem geltenden Recht der Republik Ecuador errichtet worden sind;

g) bedeutet der Ausdruck „zuständige Behörde" auf seiten der Republik Ecuador das Ministerium der Finanzen und auf seiten der Bundesrepublik Deutschland den Bundesminister der Finanzen.

(2) Bei der Anwendung dieses Abkommens durch einen Vertragsstaat hat, wenn der Zusammenhang nichts anders erfordert, jeder nicht anders definierte Ausdruck die Bedeutung, die ihm nach dem Recht dieses Staates über die Steuern zukommt, welche Gegenstand des Abkommens sind.

Artículo 3

Definiciones generales

(1) Para los efectos del presente Convenio y a menos que en el texto se indique otra cosa

a) las expresiones "un Estado Contratante" y "el otro Estado Contratante" significan la República Federal de Alemania o la República del Ecuador, según se derive del texto, y cuando se emplea en sentido geográfico, el área de aplicación de las leyes impositivas del Estado respectivo;

b) el término "persona" comprende las personas físicas y las sociedades;

c) el término "sociedad" significa cualquier persona jurídica o cualquier entidad que se considere persona jurídica a efectos impositivos;

d) las expresiones "una persona domiciliada en un Estado Contratante" y "una persona domiciliada en el otro Estado Contratante" significan, según se derive del texto, una persona domiciliada en la República Federal de Alemania o una persona domiciliada en la República del Ecuador;

e) las expresiones "empresa de un Estado Contratante" y "empresa del otro Estado Contratante" significan una empresa explotada por una persona domiciliada en un Estado Contratante y una empresa explotada por una persona domiciliada en el otro Estado Contratante, según se infiera del texto;

f) el término "nacional" significa

aa) en relación a la República Federal de Alemania, todos los alemanes en el sentido del párrafo 1 del Artículo 116 de la Ley Fundamental de la República Federal de Alemania, así como todas las personas jurídicas, sociedades de personas y otras asociaciones de personas establecidas conforme al derecho vigente en la República Federal de Alemania;

bb) en relación a la República del Ecuador todos los nacionales ecuatorianos y todas las personas jurídicas, sociedades de personas, y otras asociaciones de personas establecidas conforme a la Constitución y leyes vigentes en la República del Ecuador;

g) la expresión "autoridad competente" significa, en el caso de la República Federal, el Ministerio Federal de Finanzas, en el caso de la República del Ecuador el Ministerio de Finanzas.

(2) Para la aplicación del presente Convenio por un Estado Contratante, cualquier expresión no definida de otra manera tendrá, a menos que el texto exija una interpretación diferente, el significado que se le atribuya por la legislación de este Estado Contratante relativa a los impuestos que son objeto del presente Convenio.

Artikel 4

Steuerlicher Wohnsitz

(1) Im Sinne dieses Abkommens bedeutet der Ausdruck „eine in einem Vertragsstaat ansässige Person" eine Person, die nach dem Recht dieses Staates dort auf

Artículo 4

Domicilio fiscal

(1) A los efectos del presente Convenio, se considera "una persona domiciliada en un Estado Contratante" a toda persona que, en virtud de la legislación de este

Grund ihres Wohnsitzes, ihres ständigen Aufenthalts, des Ortes ihrer Geschäftsleitung oder eines anderen ähnlichen Merkmals steuerpflichtig ist.

(2) Ist nach Absatz 1 eine natürliche Person in beiden Vertragsstaaten ansässig, so gilt folgendes:

a) Die Person gilt als in dem Vertragsstaat ansässig, in dem sie über eine ständige Wohnstätte verfügt. Verfügt sie in beiden Vertragsstaaten über eine ständige Wohnstätte, so gilt sie als in dem Vertragsstaat ansässig, zu dem sie die engeren Beziehungen hat (Mittelpunkt der Lebensinteressen);

b) kann nicht bestimmt werden, zu welchem Vertragsstaat die Person die engeren Beziehungen hat, oder verfügt sie in keinem der Vertragsstaaten über eine ständige Wohnstätte, so gilt sie als in dem Vertragsstaat ansässig, in dem sie ihren gewöhnlichen Aufenthalt hat;

c) hat die Person ihren gewöhnlichen Aufenthalt in beiden Vertragsstaaten oder in keinem der Vertragsstaaten, so regeln die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten die Frage in gegenseitigem Einvernehmen.

(3) Ist nach Absatz 1 eine andere als eine natürliche Person in beiden Vertragsstaaten ansässig, so gilt sie als in dem Vertragsstaat ansässig, in dem sich der Ort ihrer tatsächlichen Geschäftsleitung befindet.

Artikel 5

Betriebstätte

(1) Im Sinne dieses Abkommens bedeutet der Ausdruck „Betriebstätte" eine feste Geschäftseinrichtung, in der die Tätigkeit des Unternehmens ganz oder teilweise ausgeübt wird.

(2) Der Ausdruck „Betriebstätte" umfaßt unter anderem

a) ein Verwaltungsbüro oder einen Ort der Verwaltung oder Geschäftsleitung,

b) Zweigniederlassungen oder Vertretungen,

c) eine Fabrikationsstätte oder eine Industrie- oder Montagewerkstätte,

d) Bergwerke, Steinbrüche oder andere Stätten der Ausbeutung von Bodenschätzen,

e) Bauausführungen oder Montagen, deren Dauer zwölf Monate überschreitet.

(3) Ist eine Person in einem Vertragsstaat für ein Unternehmen des anderen Vertragsstaats tätig, so gilt eine in dem erstgenannten Staat gelegene Betriebstätte als gegeben, wenn die Person eine Vollmacht besitzt, im Namen des Unternehmens Verträge zu schließen, und die Vollmacht in diesem Staat gewöhnlich ausübt, es sei denn, daß sich ihre Tätigkeit auf den Einkauf von Gütern oder Waren für das Unternehmen beschränkt.

(4) Als Betriebstätten gelten nicht

a) Einrichtungen, die ausschließlich zur Lagerung, Ausstellung oder Auslieferung von Gütern oder Waren des Unternehmens benutzt werden;

b) Bestände von Gütern oder Waren des Unternehmens, die ausschließlich zur Lagerung, Ausstellung oder Auslieferung oder zu dem Zweck unterhalten werden, durch ein anderes Unternehmen bearbeitet oder verarbeitet zu werden;

c) eine feste Geschäftseinrichtung, die ausschließlich zu dem Zweck unterhalten wird, für das Unternehmen Güter oder Waren einzukaufen oder Informationen zu beschaffen;

Estado, esté sujeta a imposición en él por razón de su morada, residencia, sede de dirección o cualquier otro criterio de naturaleza análoga.

(2) Cuando en virtud de las disposiciones del párrafo 1, una persona física resulte domiciliada en ambos Estados Contratantes, el caso se resolverá según las siguientes reglas:

a) Esta persona será considerada domiciliada en el Estado Contratante donde tenga una vivienda permanente. Si tuviera una vivienda permanente en ambos Estados Contratantes, se considerará domiciliada en el Estado Contratante en el que mantenga relaciones más estrechas (centro de intereses vitales);

b) si no pudiera determinarse el Estado Contratante en el que dicha persona mantiene relaciones más estrechas o si no tuviera una vivienda permanente en ninguno de los Estados Contratantes, se considerará domiciliada en el Estado Contratante donde reside de manera habitual;

c) si residiere de manera habitual en ambos Estados Contratantes o no lo hiciera en ninguno de ellos, las autoridades competentes de los Estados Contratantes resolverán el caso de común acuerdo.

(3) Cuando en virtud de las disposiciones del párrafo 1, una persona, que no sea una persona física, sea domiciliada en ambos Estados Contratantes, se considerará domiciliada en el Estado Contratante en que se encuentre su sede de dirección efectiva.

Artículo 5

Establecimiento permanente

(1) En el sentido del presente Convenio la expresión "establecimiento permanente" significa un lugar fijo de negocios en el que una empresa efectúa toda o parte de su actividad.

(2) La expresión "establecimiento permanente" comprende, entre otros:

a) una oficina o lugar de administración o dirección de negocios;

b) las sucursales o agencias;

c) una fábrica, planta o taller industrial o de montaje;

d) las minas, canteras o cualquier otro lugar de extracción de recursos naturales;

e) las obras de construcción o de montaje cuya duración exceda de doce meses.

(3) Una persona que actué en un Estado Contratante por cuenta de una empresa del otro Estado Contratante, se considerará que constituye establecimiento permanente en el Estado primeramente mencionado si tiene y ejerce habitualmente en este Estado poderes para concluir contratos en nombre de la empresa, a menos que sus actividades se limiten a la compra de bienes o mercancías para la misma.

(4) El término "establecimiento permanente" no comprende:

a) la utilización de instalaciones con el único fin de almacenar, exponer o entregar bienes o mercancías pertenecientes a la empresa;

b) el mantenimiento de un depósito de bienes o mercancías pertenecientes a la empresa con el único fin de almacenarlas, exponerlas, entregarlas o de que sean transformadas por otra empresa;

c) el mantenimiento de un lugar fijo de negocios con el único fin de comprar bienes o mercancías o de recoger información para la empresa;

d) eine feste Geschäftseinrichtung, die ausschließlich zu dem Zweck unterhalten wird, für das Unternehmen zu werben, Informationen zu erteilen, wissenschaftliche Forschung zu betreiben oder ähnliche Tätigkeiten auszuüben, die vorbereitender Art sind oder eine Hilfstätigkeit darstellen.

(5) Ein Unternehmen eines Vertragsstaats wird nicht schon deshalb so behandelt, als habe es eine Betriebstätte in dem anderen Vertragsstaat, weil es dort seine Tätigkeit durch einen Makler, Kommissionär oder einen anderen unabhängigen Vertreter ausübt, sofern diese Personen im Rahmen ihrer ordentlichen Geschäftstätigkeit handeln.

(6) Allein dadurch, daß eine in einem Vertragsstaat ansässige Gesellschaft eine Gesellschaft beherrscht oder von einer Gesellschaft beherrscht wird, die in dem anderen Vertragsstaat ansässig ist oder dort (entweder durch eine Betriebstätte oder in anderer Weise) ihre Tätigkeit ausübt, wird eine der beiden Gesellschaften nicht zur Betriebstätte der anderen.

Artikel 6

Unbewegliches Vermögen

(1) Einkünfte jeder Art aus unbeweglichem Vermögen können in dem Vertragsstaat besteuert werden, in dem dieses Vermögen liegt.

(2) Der Ausdruck „unbewegliches Vermögen" bestimmt sich nach dem Recht des Vertragsstaats, in dem das Vermögen liegt. Schiffe und Luftfahrzeuge gelten nicht als unbewegliches Vermögen.

Artikel 7

Unternehmensgewinne

(1) Gewinne eines Unternehmens eines Vertragsstaats können nur in diesem Staat besteuert werden, es sei denn, daß das Unternehmen seine Tätigkeit im anderen Vertragsstaat durch eine dort gelegene Betriebstätte ausübt. Übt das Unternehmen seine Tätigkeit in dieser Weise aus, so können die Gewinne des Unternehmens in dem anderen Staat besteuert werden, jedoch nur insoweit, als sie dieser Betriebstätte zugerechnet werden können.

(2) Übt ein Unternehmen eines Vertragsstaats seine Tätigkeit in dem anderen Vertragsstaat durch eine dort gelegene Betriebstätte aus, so sind in jedem Vertragsstaat dieser Betriebstätte die Gewinne zuzurechnen, die sie hätte erzielen können, wenn sie eine gleiche oder ähnliche Tätigkeit unter gleichen oder ähnlichen Bedingungen als selbständiges Unternehmen ausgeübt hätte und im Verkehr mit dem Unternehmen, dessen Betriebstätte sie ist, völlig unabhängig gewesen wäre.

(3) Bei der Ermittlung der Gewinne einer Betriebstätte werden die für diese Betriebstätte entstandenen Aufwendungen, einschließlich der Geschäftsführungs- und allgemeinen Verwaltungskosten, zum Abzug zugelassen.

(4) Auf Grund des bloßen Einkaufs von Gütern oder Waren für das Unternehmen wird einer Betriebstätte kein Gewinn zugerechnet.

(5) Bei der Anwendung der Absätze 1 bis 4 sind die der Betriebstätte zuzurechnenden Gewinne jedes Jahr auf dieselbe Art zu ermitteln, es sei denn, daß ausreichende Gründe dafür bestehen, anders zu verfahren.

(6) Gehören zu den Gewinnen Einkünfte, die in anderen Artikeln dieses Abkommens behandelt werden, so wer-

d) el mantenimiento de un lugar fijo de negocios con el único fin de hacer publicidad, suministrar información, realizar investigaciones científicas o desarrollar otras actividades similares que tengan carácter preparatorio o auxiliar, siempre que estas actividades se realicen para la propia empresa.

(5) No se considera que una empresa de un Estado Contratante tiene establecimiento permanente en el otro Estado Contratante por el mero hecho de que realice actividades en este otro Estado por medio de un corredor, un comisionista general, o cualquier otro mediador que goce de un estatuto independiente, siempre que estas personas actúen dentro del marco ordinario de su actividad.

(6) El hecho de que una sociedad domiciliada en un Estado Contratante controle o sea controlada por una sociedad domiciliada en el otro Estado Contratante o que realice actividades en este otro Estado (ya sea por medio de establecimiento permanente o de otra manera) no convierte por sí solo a cualquiera de estas sociedades en establecimiento permanente de la otra.

Artículo 6

Bienes inmuebles

(1) Las rentas de cualquier naturaleza provenientes de bienes inmuebles serán gravables en el Estado Contratante en que tales bienes estén situados.

(2) La expresión "bienes inmuebles" se definirá de acuerdo con la Ley del Estado Contratante en que los bienes estén situados. Los buques, embarcaciones y aeronaves no se consideran bienes inmuebles.

Artículo 7

Beneficios de empresas

(1) Los beneficios de una empresa de un Estado Contratante solamente serán gravables en este Estado, a no ser que la empresa efectúe operaciones en el otro Estado por medio de un establecimiento permanente situado en él. En este último caso los beneficios de la empresa serán gravables en el otro Estado, pero sólo en la medida en que sean atribuidos al establecimiento permanente.

(2) Cuando una empresa de un Estado Contratante realice negocios en el otro Estado Contratante por medio de un establecimiento permanente situado en él, en cada Estado Contratante se atribuirán al establecimiento permanente los beneficios que éste obtendría si fuese una empresa distinta y separada que realizase las mismas o similares actividades, en las mismas o similares condiciones, y tratase con total independencia con la empresa de la que es establecimiento permanente.

(3) Para la determinación del beneficio del establecimiento permanente se permitirá la deducción de los gastos producidos para los fines del establecimiento permanente, comprendidos los gastos de dirección y generales de administración para los mismos fines.

(4) No se atribuirá ningún beneficio a un establecimiento permanente por el mero hecho de que éste compre bienes o mercancías para la empresa.

(5) A efectos de los anteriores párrafos 1 a 4, los beneficios imputables al establecimiento permanente se calcularán cada año por el mismo método, a no ser que existan motivos válidos y suficientes para proceder en otra forma.

(6) Cuando los beneficios comprendan rentas reguladas separadamente en otros artículos de este Convenio, las

den die Bestimmungen jener Artikel durch die Bestimmungen dieses Artikels nicht berührt.

disposiciones de aquellos no quedarán afectadas por las del presente artículo.

Artikel 8

Seeschiffe und Luftfahrzeuge

(1) Gewinne aus dem Betrieb von Seeschiffen oder Luftfahrzeugen im internationalen Verkehr können nur in dem Vertragsstaat besteuert werden, in dem sich der Ort der tatsächlichen Geschäftsleitung des Unternehmens befindet.

(2) Absatz 1 gilt entsprechend für Beteiligungen eines Unternehmens, das Seeschiffe oder Luftfahrzeuge im internationalen Verkehr betreibt, an einem Pool, einer Betriebsgemeinschaft oder einem anderen internationalen Betriebszusammenschluß.

(3) Befindet sich der Ort der tatsächlichen Geschäftsleitung eines Unternehmens der Seeschiffahrt an Bord eines Schiffes, so gilt er als in dem Vertragsstaat gelegen, in dem der Heimathafen des Schiffes liegt, oder, wenn kein Heimathafen vorhanden ist, in dem Vertragsstaat, in dem die Person, die das Schiff betreibt, ansässig ist.

Artículo 8

Buques y aeronaves

(1) Los beneficios procedentes de la explotación de buques o aeronaves en tráfico internacional sólo serán gravables en el Estado Contratante en el que esté situada la sede de dirección efectiva de la empresa.

(2) Las disposiciones del párrafo 1 se aplican por analogía a las participaciones de una empresa que explota buques o aeronaves en transporte internacional, en un pool, una comunidad operacional u otra agrupación internacional de explotación.

(3) Si la sede de dirección efectiva de una empresa de navegación estuviera a bordo de un buque, se considerará que se encuentra en el Estado Contratante donde esté el puerto base del buque, o, si no existiera tal puerto base, en el Estado Contratante en el que está domiciliada la persona que explota el buque.

Artikel 9

Verbundene Unternehmen

Wenn

a) ein Unternehmen eines Vertragsstaats unmittelbar oder mittelbar an der Geschäftsleitung, der Kontrolle oder dem Kapital eines Unternehmens des anderen Vertragsstaats beteiligt ist oder

b) dieselben Personen unmittelbar oder mittelbar an der Geschäftsleitung, der Kontrolle oder dem Kapital eines Unternehmens eines Vertragsstaats und eines Unternehmens des anderen Vertragsstaats beteiligt sind

und in diesen Fällen zwischen den beiden Unternehmen hinsichtlich ihrer kaufmännischen oder finanziellen Beziehungen Bedingungen auferlegt und vereinbart werden, die von denen abweichen, die unabhängige Unternehmen miteinander vereinbaren würden, werden die Gewinne, die eines der Unternehmen ohne diese Bedingungen erzielt hätte, wegen dieser Bedingungen aber nicht erzielt hat, den Gewinnen dieses Unternehmens zugerechnet und entsprechend besteuert.

Artículo 9

Empresas asociadas

Cuando

a) una empresa de un Estado Contratante participe, directa o indirectamente, en la dirección, control o capital de una empresa del otro Estado Contratante, o

b) unas mismas personas participen, directa o indirectamente, en la dirección, control o capital de una empresa de un Estado Contratante y de una empresa del otro Estado Contratante,

y, en uno y otro caso, las dos empresas estén, en sus relaciones comerciales o financieras, unidas por condiciones, exigidas y aceptadas, que difieran de las que serían acordadas por empresas independientes, los beneficios que una de las empresas habría obtenido de no existir estas condiciones y que de hecho no se han producido a causa de las mismas, se incluirán en los beneficios de esta empresa y serán gravados en consecuencia.

Artikel 10

Dividenden

(1) Dividenden, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Gesellschaft an eine in dem anderen Vertragsstaat ansässige Person zahlt, können in dem Vertragsstaat, in dem die die Dividenden zahlende Gesellschaft ansässig ist, nach dem Recht dieses Staates besteuert werden; die Steuer darf aber 15 vom Hundert des Bruttobetrags der Dividenden nicht übersteigen.

(2) Ungeachtet des Absatzes 1 dürfen Dividenden, die eine in der Republik Ecuador ansässige Gesellschaft an eine in der Bundesrepublik Deutschland ansässige Person zahlt, nach dem Recht der Republik Ecuador besteuert werden, solange nach ecuadorianischem Recht die von ausgeschütteten und von nichtausgeschütteten Gewinnen einer ecuadorianischen Gesellschaft erhobene Steuer auf die Steuer von den Dividenden angerechnet wird.

(3) Der in diesem Artikel verwendete Ausdruck „Dividenden" bedeutet Einkünfte aus Aktien, Kuxen, Gründeranteilen oder anderen Rechten — ausgenommen Forderungen — mit Gewinnbeteiligung sowie aus sonstigen Gesellschaftsanteilen stammende Einkünfte, die nach dem Steuerrecht des Staates, in dem die ausschüttende Ge-

Artículo 10

Dividendos

(1) Los dividendos pagados por una sociedad domiciliada en un Estado Contratante a una persona domiciliada en el otro Estado Contratante serán gravables en el Estado Contratante en que está domiciliada la sociedad que pague los dividendos y de acuerdo con la legislación de este Estado, pero el impuesto así exigido no puede exceder del 15% del importe bruto de los dividendos.

(2) No obstante las disposiciones del párrafo 1, los dividendos que una sociedad domiciliada en la República del Ecuador pague a una persona domiciliada en la República Federal de Alemania serán gravables según las leyes de la República del Ecuador siempre que según éstas el impuesto sobre los beneficios sean distribuidos o no de una sociedad ecuatoriana sea tenido en cuenta para el impuesto sobre dividendos.

(3) El término "dividendos" empleado en el presente artículo comprende los rendimientos de las acciones, de las partes de minas, de las acciones de fundador, o de otros derechos, excepto los de crédito, que permitan participar en los beneficios, así como las rentas de otras participaciones sociales, asimiladas a los rendimientos de

sellschaft ansässig ist, den Einkünften aus Aktien gleichgestellt sind, sowie Einkünfte eines stillen Gesellschafters aus seiner Beteiligung als stiller Gesellschafter und Ausschüttungen auf Anteilscheine an einem Investmentvermögen.

(4) Die Absätze 1 und 2 sind nicht anzuwenden, wenn der in einem Vertragsstaat ansässige Empfänger der Dividenden in dem anderen Vertragsstaat, in dem die die Dividenden zahlende Gesellschaft ansässig ist, eine Betriebstätte hat und die Beteiligung, für welche die Dividenden gezahlt werden, tatsächlich zu dieser Betriebstätte gehört. In diesem Fall ist Artikel 7 anzuwenden.

(5) Bezieht eine in einem Vertragsstaat ansässige Gesellschaft Gewinne oder Einkünfte aus dem anderen Vertragsstaat, so darf dieser andere Staat weder die Dividenden besteuern, welche die Gesellschaft an nicht in diesem anderen Staat ansässige Personen zahlt, noch Gewinne der Gesellschaft einer Steuer für nichtausgeschüttete Gewinne unterwerfen, selbst wenn die gezahlten Dividenden oder die nichtausgeschütteten Gewinne ganz oder teilweise aus in dem anderen Staat erzielten Gewinnen oder Einkünften bestehen.

Artikel 11

Zinsen

(1) Zinsen, die aus einem Vertragsstaat stammen und an eine in dem anderen Vertragsstaat ansässige Person gezahlt werden, können in dem Vertragsstaat, aus dem sie stammen, nach dem Recht dieses Staates besteuert werden; die Steuer darf aber 15 vom Hundert des Bruttobetrags der Zinsen nicht übersteigen.

(2) Ungeachtet des Absatzes 1 gilt folgendes:

a) Zinsen, die aus der Bundesrepublik Deutschland stammen und an die ecuadorianische Regierung gezahlt werden, sind von der deutschen Steuer befreit;
b) Zinsen, die aus der Republik Ecuador stammen und an die deutsche Regierung, die Deutsche Bundesbank, die Kreditanstalt für Wiederaufbau und die Deutsche Gesellschaft für wirtschaftliche Zusammenarbeit (Entwicklungsgesellschaft) gezahlt werden, sind von der ecuadorianischen Steuer befreit.

Die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten bestimmen in gegenseitigem Einvernehmen alle sonstigen staatlichen Einrichtungen, auf die dieser Absatz Anwendung findet.

(3) Der in diesem Artikel verwendete Ausdruck „Zinsen" bedeutet Einkünfte aus öffentlichen Anleihen, aus Schuldverschreibungen, auch wenn sie durch Pfandrechte an Grundstücken gesichert oder mit einer Gewinnbeteiligung ausgestattet sind, und aus Forderungen jeder Art sowie alle anderen Einkünfte, die nach dem Steuerrecht des Staates, aus dem sie stammen, den Einkünften aus Darlehen gleichgestellt sind.

(4) Absatz 1 ist nicht anzuwenden, wenn der in einem Vertragsstaat ansässige Empfänger der Zinsen in dem anderen Vertragsstaat, aus dem die Zinsen stammen, eine Betriebstätte hat und die Forderung, für welche die Zinsen gezahlt werden, tatsächlich zu dieser Betriebstätte gehört. In diesem Fall ist Artikel 7 anzuwenden.

(5) Zinsen gelten dann als aus einem Vertragsstaat stammend, wenn der Schuldner dieser Staat selbst, eines seiner Länder oder eine ihrer Gebietskörperschaften oder eine in diesem Staat ansässige Person ist. Hat aber der Schuldner der Zinsen, ohne Rücksicht darauf, ob er in einem Vertragsstaat ansässig ist oder nicht, in einem Vertragsstaat eine Betriebstätte und ist die Schuld,

las acciones por la legislación fiscal del Estado en que está domiciliada la sociedad que las distribuya, e igualmente los rendimientos obtenidos por un cuenta-partícipe de su participación oculta, y las distribuciones a las acciones de capitales de fondos mutuos.

(4) Las disposiciones de los párrafos 1 y 2 no se aplican si el beneficiario de los dividendos, domiciliado en un Estado Contratante, tiene en el otro Estado Contratante en el que está domiciliada la sociedad que paga los dividendos, un establecimiento permanente con el que la participación que genere los dividendos está vinculada efectivamente. En este caso se aplican las disposiciones del artículo 7.

(5) Cuando una sociedad domiciliada en un Estado Contratante obtiene beneficios o rentas procedentes del otro Estado Contratante, este otro Estado no puede exigir ningún impuesto sobre los dividendos pagados por la sociedad a personas que no estén domiciliadas en este último Estado, ni someter los beneficios no distribuidos de la sociedad a un impuesto sobre los mismos, aunque los dividendos pagados o los beneficios no distribuidos consistan, total o parcialmente, en beneficios o rentas procedentes de este otro Estado.

Artículo 11

Intereses

(1) Los intereses procedentes de un Estado Contratante pagados a una persona domiciliada en el otro Estado Contratante serán gravables en el Estado Contratante del que procedan y de acuerdo con la legislación de este Estado, pero el impuesto así exigido no puede exceder del 15 % del importe bruto de los intereses.

(2) No obstante las disposiciones del párrafo 1, se aplican las siguientes normas:

a) Los intereses procedentes de la República Federal de Alemania y pagados al Gobierno Ecuatoriano están exentos del impuesto alemán;
b) Los intereses procedentes de la República del Ecuador y pagados al Gobierno Alemán, al Deutsche Bundesbank, al Kreditanstalt für Wiederaufbau y a la Deutsche Gesellschaft für wirtschaftliche Zusammenarbeit (Entwicklungsgesellschaft) están exentos del impuesto ecuatoriano.

Las autoridades competentes de los Estados Contratantes determinan de común acuerdo todas las demás instituciones estatales a las que se aplica el presente párrafo.

(3) El término "intereses", empleado en este artículo, comprende los rendimientos de la Deuda Pública, de los bonos u obligaciones, con o sin garantía hipotecaria y con derecho o no a participar en beneficios, y de los créditos de cualquier clase, así como cualquier otra renta que la legislación fiscal del Estado de donde procedan los intereses asimile a los rendimientos de las cantidades deudas a préstamo.

(4) Las disposiciones del párrafo 1 no se aplican si el beneficiario de los intereses, domiciliado en un Estado Contratante, tiene en el otro Estado Contratante del que proceden los intereses, un establecimiento permanente con el que el crédito que genera los intereses está vinculado efectivamente. En este caso, se aplican las disposiciones del artículo 7.

(5) Los intereses se consideran procedentes de un Estado Contratante cuando el deudor es el propio Estado, uno de sus Estados Federados, una de sus subdivisiones políticas, una de sus autoridades locales o una persona domiciliada en este Estado. Sin embargo, cuando el deudor de los intereses, esté o no domiciliado en un Estado Contratante, tenga en un Estado Contratante un estable-

für welche die Zinsen gezahlt werden, für Zwecke der Betriebstätte eingegangen und trägt die Betriebstätte die Zinsen, so gelten die Zinsen als aus dem Vertragsstaat stammend, in dem die Betriebstätte liegt.

(6) Bestehen zwischen Schuldner und Gläubiger oder zwischen jedem von ihnen und einem Dritten besondere Beziehungen und übersteigen deshalb die gezahlten Zinsen, gemessen an der zugrundeliegenden Forderung, den Betrag, den Schuldner und Gläubiger ohne diese Beziehungen vereinbart hätten, so wird dieser Artikel nur auf diesen letzten Betrag angewendet. In diesem Fall kann der übersteigende Betrag nach dem Recht jedes Vertragsstaats und unter Berücksichtigung der anderen Bestimmungen dieses Abkommens besteuert werden.

Artikel 12

Lizenzgebühren

(1) Lizenzgebühren, die aus einem Vertragsstaat stammen und an eine in dem anderen Vertragsstaat ansässige Person gezahlt werden, können in dem Staat, aus dem sie stammen, nach dem Recht dieses Staates besteuert werden; die Steuer darf aber 15 vom Hundert des Bruttobetrags der Lizenzgebühren nicht übersteigen.

(2) Der in diesem Artikel verwendete Ausdruck „Lizenzgebühren" bedeutet Vergütungen jeder Art, die für die Benutzung oder für das Recht auf Benutzung von Urheberrechten an literarischen, künstlerischen oder wissenschaftlichen Werken, einschließlich kinematographischer Filme oder Bandaufnahmen für Fernsehen oder Rundfunk, von Patenten, Warenzeichen, Mustern oder Modellen, Plänen, geheimen Formeln oder Verfahren oder für die Benutzung oder das Recht auf Benutzung gewerblicher, kaufmännischer oder wissenschaftlicher Ausrüstungen oder für die Mitteilung gewerblicher, kaufmännischer oder wissenschaftlicher Erfahrungen gezahlt werden.

(3) Absatz 1 ist nicht anzuwenden, wenn der in einem Vertragsstaat ansässige Empfänger der Lizenzgebühren in dem anderen Vertragsstaat, aus dem die Lizenzgebühren stammen, eine Betriebstätte hat und die Rechte oder Vermögenswerte, für welche die Lizenzgebühren gezahlt werden, tatsächlich zu dieser Betriebstätte gehören. In diesem Fall ist Artikel 7 anzuwenden.

(4) Lizenzgebühren gelten dann als aus einem Vertragsstaat stammend, wenn der Schuldner dieser Staat selbst, eines seiner Länder oder eine ihrer Gebietskörperschaften oder eine in diesem Staat ansässige Person ist. Hat aber der Schuldner der Lizenzgebühren, ohne Rücksicht darauf, ob er in einem Vertragsstaat ansässig ist oder nicht, in einem Vertragsstaat eine Betriebstätte und ist die Verpflichtung zur Zahlung der Lizenzgebühren für Zwecke der Betriebstätte eingegangen und trägt die Betriebstätte die Lizenzgebühren, so gelten die Lizenzgebühren als aus dem Vertragsstaat stammend, in dem die Betriebstätte liegt.

(5) Bestehen zwischen Schuldner und Gläubiger oder zwischen jedem von ihnen und einem Dritten besondere Beziehungen und übersteigen deshalb die gezahlten Lizenzgebühren, gemessen an der zugrundeliegenden Leistung, den Betrag, den Schuldner und Gläubiger ohne diese Beziehungen vereinbart hätten, so wird dieser Artikel nur auf diesen letzten Betrag angewendet. In diesem Fall kann der übersteigende Betrag nach dem Recht jedes Vertragsstaats und unter Berücksichtigung der anderen Bestimmungen dieses Abkommens besteuert werden.

cimiento permanente en relación con el cual se haya contraído la deuda que da origen a los intereses y este establecimiento soporte el pago de los mismos, los intereses se considerarán procedentes del Estado Contratante donde esté el establecimiento permanente.

(6) Cuando, debido a relaciones especiales existentes entre el deudor y el beneficiario de los intereses, o entre ambos y cualquier otra persona, el importe de los intereses pagados, habida cuenta del crédito por el que se paguen, exceda del importe que habría sido acordado por el deudor y el beneficiario en ausencia de tales relaciones, las disposiciones de este artículo no se aplicarán más que a este último importe. En este caso, el exceso podrá someterse a imposición de acuerdo con la legislación de cada Estado Contratante, teniendo en cuenta las demás disposiciones de este Convenio.

Artículo 12

Regalías

(1) Las regalías procedentes de un Estado Contratante pagadas a una persona domiciliada en el otro Estado Contratante, serán gravables en el Estado Contratante del que procedan y de acuerdo con la legislación de este Estado, pero el impuesto así exigido no puede exceder del 15 % del importe bruto de las regalías.

(2) El término "regalías", empleado en este artículo, comprende las cantidades de cualquier clase pagadas por el uso o la concesión de uso de derechos de autor sobre obras literarias, artísticas o científicas, incluidas las películas cinematográficas o las cintas grabadas para televisión o radio, de patentes, marcas de fábrica o de comercio, dibujos o modelos, planos, fórmulas o procedimientos secretos, así como por el uso o la concesión de uso de equipos industriales, comerciales o científicos, y las cantidades pagadas por informaciones relativas a experiencias industriales, comerciales o científicas.

(3) Las disposiciones del párrafo 1 no se aplican si el beneficiario de las regalías, domiciliado en un Estado Contratante, tiene en el otro Estado Contratante del cual proceden las regalías, un establecimiento permanente con el cual el derecho o propiedad por que se pagan las regalías esté vinculado efectivamente. En este caso se aplican las disposiciones del artículo 7.

(4) Las regalías se considerarán procedentes de un Estado Contratante cuando el deudor sea el propio Estado, uno de sus Estados Federados, una de sus subdivisiones políticas, una de sus autoridades locales o una persona domiciliada en este Estado. Sin embargo, cuando el deudor de las regalías esté o no domiciliado en un Estado Contratante, tenga en un Estado Contratante un establecimiento permanente en relación con el cual se haya contraído la obligación de pagar las regalías y este establecimiento soporte el pago de las mismas, las regalías se considerarán procedentes del Estado Contratante donde esté el establecimiento permanente.

(5) Cuando debido a relaciones especiales existentes entre el deudor y el beneficiario de las regalías o entre ambos y cualquier otra persona, el importe de las regalías pagadas, habida cuenta del uso, derecho o información por el que se paguen, exceda del importe que habría sido acordado por el deudor y el beneficiario en ausencia de tales relaciones, las disposiciones de este artículo no se aplicarán más que a este último importe. En este caso, el exceso podrá someterse a imposición de acuerdo con la legislación de cada Estado Contratante, teniendo en cuenta las demás disposiciones de este Convenio.

Artikel 13

Gewinne aus der Veräußerung von Vermögen

(1) Gewinne aus der Veräußerung unbeweglichen Vermögens im Sinne des Artikels 6 Absatz 2 können in dem Vertragsstaat besteuert werden, in dem dieses Vermögen liegt.

(2) Gewinne aus der Veräußerung beweglichen Vermögens, das Betriebsvermögen einer Betriebstätte darstellt, die ein Unternehmen eines Vertragsstaats in dem anderen Vertragsstaat hat, oder das zu einer festen Einrichtung gehört, über die eine in einem Vertragsstaat ansässige Person für die Ausübung eines freien Berufs in dem anderen Vertragsstaat verfügt, einschließlich derartiger Gewinne, die bei der Veräußerung einer solchen Betriebstätte (allein oder zusammen mit dem übrigen Unternehmen) oder einer solchen festen Einrichtung erzielt werden, können in dem anderen Staat besteuert werden. Jedoch können Gewinne aus der Veräußerung des in Artikel 22 Absatz 3 genannten beweglichen Vermögens nur in dem Vertragsstaat besteuert werden, in dem dieses bewegliche Vermögen nach dem angeführten Artikel besteuert werden kann.

(3) Gewinne aus der Veräußerung von Anteilen an einer in einem Vertragsstaat ansässigen Gesellschaft können in diesem Staat besteuert werden.

(4) Gewinne aus der Veräußerung des in den Absätzen 1 bis 3 nicht genannten Vermögens können nur in dem Vertragsstaat besteuert werden, in dem der Veräußerer ansässig ist.

Artikel 14

Selbständige Arbeit

(1) Einkünfte, die eine in einem Vertragsstaat ansässige natürliche Person aus einem freien Beruf oder aus sonstiger selbständiger Tätigkeit ähnlicher Art bezieht, können nur in diesem Staat besteuert werden, es sei denn, daß sich diese Person zur Ausübung dieser Tätigkeit mehr als 183 Tage in dem betreffenden Kalenderjahr in dem anderen Vertragsstaat aufgehalten hat. In diesem Fall können die Einkünfte in dem anderen Staat besteuert werden, jedoch nur insoweit, als sie der dort ausgeübten Tätigkeit zugerechnet werden können.

(2) Der Ausdruck „freier Beruf" umfaßt die selbständig ausgeübte Tätigkeit, wie sie im jeweiligen Recht der beiden Vertragsstaaten definiert ist.

Artikel 15

Unselbständige Arbeit

(1) Vorbehaltlich der Artikel 16, 18 und 19 können Gehälter, Löhne und ähnliche Vergütungen, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Person aus unselbständiger Arbeit bezieht, die sie im anderen Vertragsstaat ausgeübt hat, in dem zuletzt genannten Staat besteuert werden.

(2) Ungeachtet des Absatzes 1 können Vergütungen, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Person für eine in dem anderen Vertragsstaat ausgeübte unselbständige Arbeit bezieht, nur in dem erstgenannten Staat besteuert werden, wenn

a) der Empfänger sich in dem anderen Staat insgesamt nicht länger als 183 Tage während des betreffenden Kalenderjahrs aufhält,

b) die Vergütungen von einem Arbeitgeber oder für einen Arbeitgeber gezahlt werden, der nicht in dem anderen Staat ansässig ist, und

c) die Vergütungen nicht von einer Betriebstätte oder einer festen Einrichtung getragen werden, die der Arbeitgeber in dem anderen Staat hat.

Artículo 13

Ganancias por enajenación de bienes

(1) Las ganancias derivadas de la enajenación de bienes inmuebles, conforme se definen en el párrafo 2 del artículo 6, serán gravables en el Estado Contratante en que estén sitos.

(2) Las ganancias derivadas de la enajenación de bienes muebles que formen parte del activo de un establecimiento permanente que una empresa de un Estado Contratante tenga en el otro Estado Contratante, o de bienes muebles que pertenezcan a una base fija que una persona domiciliada en un Estado Contratante posea en el otro Estado Contratante para la prestación de servicios profesionales, comprendidas las ganancias derivadas de la enajenación del establecimiento permanente (solo o con el conjunto de la empresa) o de la base fija, serán gravables en este otro Estado. Sin embargo, las ganancias derivadas de la enajenación de bienes muebles mencionados en el párrafo 3 del artículo 22 sólo serán gravables en el Estado Contratante al que, de acuerdo con dicho artículo, corresponde el derecho a gravarlos.

(3) Las ganancias derivadas de la enajenación de participaciones en una sociedad domiciliada en un Estado Contratante serán gravables en este Estado.

(4) Las ganancias derivadas de la enajenación de cualquier otro bien distinto de los mencionados en los párrafos 1 a 3, sólo serán gravables en el Estado Contratante en que el transmitente está domiciliado.

Artículo 14

Actividades profesionales no dependientes

(1) Las rentas que una persona natural domiciliada en un Estado Contratante obtenga de una profesión libre, u otra actividad análoga no dependiente, sólo serán gravables en este Estado, a no ser que esta persona, para ejercer tal actividad haya permanecido más de 183 días durante el año civil correspondiente en el otro Estado Contratante. En este caso, las rentas serán gravables en el otro Estado, pero sólo en la medida en que proceda atribuirlas a la actividad allí ejercida.

(2) La expresión "profesión libre" comprende las actividades independientes, así definidas en la legislación de cada uno de los Estados Contratantes.

Artículo 15

Profesiones dependientes

(1) Los sueldos, salarios y remuneraciones similares obtenidos por una persona domiciliada en un Estado Contratante por una actividad dependiente ejercida en el otro Estado Contratante serán gravables sólo en este último Estado, sin perjuicio de las disposiciones de los artículos 16, 18 y 19.

(2) No obstante las disposiciones del párrafo 1, las remuneraciones obtenidas por una persona domiciliada en un Estado Contratante por razón de un empleo ejercido en el otro Estado Contratante, sólo serán gravables en el primer Estado si:

a) el empleado no permanece en total en el otro Estado, en uno, o varios períodos, más de 183 días durante el año civil considerado, y

b) las remuneraciones se pagan por, o en nombre de, una persona que no está domiciliada en el otro Estado, y

c) las remuneraciones no se soportan por un establecimiento permanente o una base fija que la persona para quien se trabaja tiene en el otro Estado.

(3) Ungeachtet der Absätze 1 und 2 können Vergütungen für unselbständige Arbeit, die an Bord eines Seeschiffs oder Luftfahrzeugs im internationalen Verkehr ausgeübt wird, in dem Vertragsstaat besteuert werden, in dem sich der Ort der tatsächlichen Geschäftsleitung des Unternehmens befindet.

Artikel 16

Mitglieder von Aufsichts- und Verwaltungsräten

Aufsichtsrats- oder Verwaltungsratsvergütungen und ähnliche Zahlungen, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Person in ihrer Eigenschaft als Mitglied des Aufsichts- oder Verwaltungsrats einer Gesellschaft bezieht, die in dem anderen Vertragsstaat ansässig ist, können in dem anderen Staat besteuert werden.

Artikel 17

Künstler und Sportler

(1) Ungeachtet der Artikel 7, 14 und 15 können Einkünfte, die berufsmäßige Künstler wie Bühnen-, Film-, Rundfunk- oder Fernsehkünstler und Musiker sowie Sportler aus ihrer in dieser Eigenschaft persönlich oder im Rahmen einer Gruppe ausgeübten Tätigkeit beziehen, oder Einkünfte, die ein Unternehmen aus dem Erbringen der Darbietungen der berufsmäßigen Künstler bezieht, in dem Vertragsstaat besteuert werden, in dem diese Tätigkeit ausgeübt wird.

(2) Absatz 1 ist nicht anzuwenden, wenn der Besuch der berufsmäßigen Künstler oder Sportler in einem Vertragsstaat ganz oder in wesentlichem Umfang von öffentlichen Einrichtungen des anderen Vertragsstaats, eines seiner Länder oder einer ihrer Gebietskörperschaften unterstützt wird.

Artikel 18

Öffentliche Kassen

(1) Vorbehaltlich des Artikels 19 können Vergütungen, die von einem Vertragsstaat, einem seiner Länder oder einer ihrer Gebietskörperschaften unmittelbar oder aus einem von diesem Staat, dem Land oder der Gebietskörperschaft errichteten Sondervermögen an eine natürliche Person für unselbständige Arbeit gewährt werden, nur in diesem Staat besteuert werden. Wird aber die unselbständige Arbeit in dem anderen Vertragsstaat von einem Angehörigen dieses Staates ausgeübt, der nicht Angehöriger des erstgenannten Staates ist, so können die Vergütungen nur in diesem anderen Staat besteuert werden.

(2) Absatz 1 gilt entsprechend für Vergütungen, die im Rahmen eines Entwicklungshilfeprogramms eines Vertragsstaats, eines seiner Länder oder einer ihrer Gebietskörperschaften aus Mitteln, die ausschließlich von diesem Staat, dem Land oder der Gebietskörperschaft bereitgestellt werden, an Fachkräfte oder freiwillige Helfer gezahlt werden, die in den anderen Vertragsstaat mit dessen Zustimmung entsandt worden sind.

(3) Auf Vergütungen für unselbständige Arbeit im Zusammenhang mit einer auf Gewinnerzielung gerichteten gewerblichen Tätigkeit eines Vertragsstaats, eines seiner Länder oder einer ihrer Gebietskörperschaften finden die Artikel 15, 16 und 17 Anwendung.

(3) No obstante las disposiciones de los párrafos 1 y 2, las remuneraciones obtenidas por razón de un empleo ejercido a bordo de un buque o aeronave en tráfico internacional, serán gravables en el Estado Contratante en que se encuentre la sede de dirección efectiva de la empresa.

Artículo 16

Miembros de los consejos de administración y de vigilancia

Las participaciones, dietas de asistencia y retribuciones similares que una persona domiciliada en un Estado Contratante obtiene como miembro de un consejo de administración o de vigilancia de una sociedad domiciliada en el otro Estado Contratante, serán gravables en este otro Estado.

Artículo 17

Artistas y deportistas

(1) No obstante las disposiciones de los artículos 7, 14 y 15, las rentas obtenidas por los profesionales del espectáculo, tales como los artistas de teatro, cine, radiodifusión o televisión y los músicos, así como por los deportistas, por sus actividades personales como tales o en grupo, o las rentas procedentes del ejercicio de tales actividades por artistas profesionales en una empresa, serán gravables en el Estado Contratante en el que se ejerzan dichas actividades.

(2) Las disposiciones del párrafo 1 no se aplicarán cuando la visita de los artistas o deportistas profesionales en un Estado Contratante sea costeada totalmente o en parte esencial por instituciones públicas del otro Estado Contratante, uno de sus Estados Federados, una de sus subdivisiones políticas o una de sus autoridades locales.

Artículo 18

Cajas Públicas

(1) Sin perjuicio de las disposiciones del artículo 19, las remuneraciones pagadas por un Estado Contratante, uno de sus Estados Federados, una de sus subdivisiones políticas o una de sus autoridades locales, directamente o con cargo a un fondo especial creado por el Estado Contratante, uno de sus Estados Federados, una de sus subdivisiones políticas o una de sus autoridades locales, a una persona física por actividades dependientes, sólo serán gravables en este Estado. Si la actividad dependiente es ejercida en el otro Estado Contratante por un nacional de este segundo Estado que no es nacional del primero, las remuneraciones sólo serán gravables en el segundo Estado.

(2) El párrafo 1 se aplica por analogía a las remuneraciones que se paguen a un especialista o voluntario enviado al otro Estado Contratante con el consentimiento del mismo en el marco de un programa de ayuda al desarrollo de un Estado Contratante, de uno de sus Estados Federados, de una de sus subdivisiones políticas o de una de sus autoridades locales, con fondos aportados exclusivamente por este Estado Contratante, sus Estados Federados, sus subdivisiones políticas o sus autoridades locales.

(3) Los artículos 15, 16 y 17 se aplican a las remuneraciones por actividades dependientes que se realicen en relación con una actividad industrial con fines de lucro de un Estado Contratante, uno de sus Estados Federados, una de sus subdivisiones políticas o una de sus autoridades locales.

Artikel 19

Ruhegehälter

Ruhegehälter und ähnliche Vergütungen, die einer in einem Vertragsstaat ansässigen Person für frühere unselbständige Arbeit gezahlt werden, können nur in diesem Staat besteuert werden.

Artikel 20

Lehrer sowie Studenten und andere in der Ausbildung stehende Personen

(1) Vergütungen, die ein Hochschullehrer oder anderer Lehrer, der in einem Vertragsstaat ansässig ist oder unmittelbar vorher dort ansässig war und der sich für höchstens zwei Jahre zwecks fortgeschrittener Studien oder Forschungsarbeiten oder zwecks Ausübung einer Lehrtätigkeit an einer Universität, Hochschule oder anderen Lehranstalt in den anderen Vertragsstaat begibt, für diese Arbeit bezieht, werden in dem anderen Staat nicht besteuert, vorausgesetzt, daß er die Vergütungen von außerhalb dieses anderen Staates bezieht.

(2) War eine natürliche Person in einem Vertragsstaat ansässig, unmittelbar bevor sie sich in den anderen Vertragsstaat begab, und hält sie sich in dem anderen Staat lediglich als Student einer Universität, Hochschule oder anderen ähnlichen Lehranstalt dieses anderen Staates oder als Lehrling (in der Bundesrepublik Deutschland einschließlich der Volontäre und Praktikanten) vorübergehend auf, so ist sie vom Tag ihrer ersten Ankunft in dem anderen Staat im Zusammenhang mit diesem Aufenthalt an von der Steuer dieses anderen Staates befreit

a) hinsichtlich der für ihren Unterhalt, ihr Studium oder ihre Ausbildung bestimmten Überweisungen aus dem Ausland und

b) während der Dauer von insgesamt höchstens drei Jahren hinsichtlich aller Vergütungen bis zu 7 200 DM oder deren Gegenwert in ecuadorianischer Währung je Kalenderjahr für Arbeit, die sie in dem anderen Vertragsstaat ausübt, um die Mittel für ihren Unterhalt, ihr Studium oder ihre Ausbildung zu ergänzen.

(3) War eine natürliche Person in einem Vertragsstaat ansässig, unmittelbar bevor sie sich in den anderen Vertragsstaat begab, und hält sie sich in dem anderen Staat lediglich zum Studium, zur Forschung, zur Ausbildung oder im Rahmen eines Programms der technischen Hilfe, das von der Regierung eines Vertagsstaats durchgeführt wird, als Empfänger eines Zuschusses, Unterhaltsbeitrags oder Stipendiums einer wissenschaftlichen, pädagogischen, religiösen oder mildtätigen Organisation vorübergehend auf, so ist diese Person vom Tag ihrer ersten Ankunft in dem anderen Staat im Zusammenhang mit diesem Aufenthalt an von der Steuer dieses anderen Staates befreit hinsichtlich

a) dieses Zuschusses, Unterhaltsbeitrags oder Stipendiums;

b) aller für ihren Unterhalt, ihr Studium oder ihre Ausbildung bestimmten Überweisungen aus dem Ausland.

Artikel 21

Nicht ausdrücklich erwähnte Einkünfte

Die in den vorstehenden Artikeln nicht ausdrücklich erwähnten Einkünfte einer in einem Vertragsstaat ansässigen Person können nur in diesem Staat besteuert werden.

Artículo 19

Pensiones

Las pensiones y remuneraciones similares pagadas, en consideración a un empleo anterior, a una persona domiciliada en un Estado Contratante sólo serán gravables en este Estado.

Artículo 20

Maestros, estudiantes y otras personas en formación

(1) Las remuneraciones que un profesor de escuela superior o un maestro, que esté domiciliado o lo haya estado inmediatamente antes, en un Estado Contratante, y que se traslada al otro Estado Contratante por un máximo de dos años a fin de ampliar estudios, o de hacer investigaciones o de ejercer una actividad docente en una universidad, escuela superior, escuela u otro centro docente, perciba por tal actividad no serán gravables en el otro Estado Contratante, siempre que dichas remuneraciones no procedan de este último Estado.

(2) Si una persona física ha estado domiciliada en un Estado Contratante inmediatamente antes de trasladarse al otro, y permanece en este otro Estado con carácter provisional, únicamente como estudiante de una universidad, escuela superior, escuela u otro centro docente similar del otro Estado, o como aprendiz (en la República Federal de Alemania se incluyen los "Volontär" o "Praktikant"), dicha persona, desde el día de su primera llegada al otro Estado, y por lo que se refiere a esta estadía, quedará exenta de imposición por parte del otro Estado:

a) en todas las transferencias procedentes del extranjero, destinadas a su mantenimiento, educación o formación; y

b) durante un período total de tres años como máximo por lo que se refiere a todas las remuneraciones por trabajos realizados en el otro Estado Contratante para complementar sus fondos de mantenimiento, educación o formación, hasta un total por año civil de 7.200,— DM, o su equivalente en moneda ecuatoriana.

(3) Si una persona física ha estado domiciliada en un Estado Contratante inmediatamente antes de trasladarse al otro, y permanece en este segundo Estado con carácter provisional, únicamente para fines de estudio, investigación, formación, o en el marco de un programa de ayuda técnica realizado por el Gobierno de un Estado Contratante, recibiendo un subsidio, una parte de los gastos de mantenimiento, o una beca de parte de una organización científica, pedagógica, religiosa o caritativa, dicha persona, desde el día de su primera llegada al otro Estado, y por lo que se refiere a esta estadía, quedará exenta de imposición por parte del otro Estado:

a) en dicho subsidio, parte de los gastos de mantenimiento, o beca;

b) en todas las transferencias procedentes del extranjero, destinadas a su mantenimiento, educación o formación.

Artículo 21

Rentas no mencionadas expresamente

Las rentas de una persona domiciliada en un Estado Contratante no mencionadas expresamente en los artículos anteriores, sólo serán gravables en este Estado.

Artikel 22

Vermögen

(1) Unbewegliches Vermögen im Sinne des Artikels 6 Absatz 2 kann in dem Vertragsstaat besteuert werden, in dem dieses Vermögen liegt.

(2) Bewegliches Vermögen, das Betriebsvermögen einer Betriebstätte eines Unternehmens darstellt oder das zu einer der Ausübung eines freien Berufs dienenden festen Einrichtung gehört, kann in dem Vertragsstaat besteuert werden, in dem sich die Betriebstätte oder die feste Einrichtung befindet.

(3) Seeschiffe und Luftfahrzeuge im internationalen Verkehr sowie bewegliches Vermögen, das dem Betrieb dieser Schiffe und Luftfahrzeuge dient, können nur in dem Vertragsstaat besteuert werden, in dem sich der Ort der tatsächlichen Geschäftsleitung des Unternehmens befindet.

(4) Alle anderen Vermögensteile einer in einem Vertragsstaat ansässigen Person können nur in diesem Staat besteuert werden.

Artikel 23

Methoden zur Vermeidung der Doppelbesteuerung

(1) a) Bei einer in der Bundesrepublik Deutschland ansässigen Person werden folgende Einkünfte, die nach dem vorliegenden Abkommen in der Republik Ecuador besteuert werden können, von der Bemessungsgrundlage der deutschen Steuer ausgenommen:

aa) Einkünfte aus unbeweglichem Vermögen im Sinne des Artikels 6 und Gewinne aus der Veräußerung dieses Vermögens;

bb) Unternehmensgewinne im Sinne des Artikels 7 und Gewinne, die unter Artikel 13 Absatz 2 fallen;

cc) Dividenden im Sinne des Artikels 10, die an eine in der Bundesrepublik Deutschland ansässige Gesellschaft von einer in der Republik Ecuador ansässigen Gesellschaft gezahlt werden, deren Kapital zu mindestens 25 vom Hundert unmittelbar der deutschen Gesellschaft gehört;

dd) Vergütungen im Sinne der Artikel 15 und 18 Absätze 1 und 2.

Die Bundesrepublik Deutschland behält jedoch das Recht, die so ausgenommenen Einkünfte bei der Festsetzung des Steuersatzes zu berücksichtigen.

Die vorstehenden Bestimmungen sind ebenfalls auf alle in der Republik Ecuador gelegenen Vermögenswerte anzuwenden, wenn die Einkünfte aus diesen Vermögenswerten von der Bemessungsgrundlage der deutschen Steuer auszunehmen sind oder wären.

b) Soweit nicht Buchstabe a anzuwenden ist, wird auf die von den aus der Republik Ecuador stammenden Einkünften zu erhebende deutsche Einkommensteuer und Körperschaftsteuer die ecuadorianische Steuer angerechnet, die nach ecuadorianischem Recht und in Übereinstimmung mit diesem Abkommen gezahlt worden ist. Ebenso wird auf die von allen in der Republik Ecuador gelegenen Vermögenswerten zu erhebende deutsche Vermögensteuer die ecuadorianische Vermögensteuer angerechnet, die nach ecuadorianischem Recht und in Übereinstimmig mit diesem Abkommen gezahlt worden ist. Der anzurechnende Betrag darf jedoch nicht den Teil der vor der Anrechnung ermittelten deutschen Steuer übersteigen, der auf diese Einkünfte oder Vermögenswerte entfällt.

Artículo 22

Patrimonio

(1) El patrimonio constituido por bienes inmuebles, según se definen en el párrafo 2 del artículo 6, dará lugar a imposición en el Estado Contratante en que los bienes estén sitos.

(2) El patrimonio constituido por bienes muebles que formen parte del activo de un establecimiento permanente de una empresa, o por bienes muebles que pertenezcan a una base fija utilizada para el ejercicio de una actividad profesional independiente, darán lugar a imposición en el Estado Contratante en que el establecimiento permanente o la base fija estén situados.

(3) Los buques y aeronaves explotados en tráfico internacional así como los bienes muebles afectos a su explotación, sólo serán gravables en el Estado Contratante en que esté situada la sede de dirección efectiva de la empresa.

(4) Todos los demás elementos del patrimonio de una persona domiciliada en un Estado Contratante sólo darán lugar a imposición en este Estado.

Artículo 23

Métodos para evitar la doble imposición

(1) a) En el caso de una persona domiciliada en la República Federal de Alemania serán exceptuadas de la base de estimación del impuesto alemán las siguientes rentas, que de acuerdo con las disposiciones del presente Convenio serán gravables en la República del Ecuador:

aa) Rentas de bienes inmuebles en el sentido del artículo 6 y beneficios de la enajenación de dichos bienes;

bb) Beneficios de empresas en el sentido del artículo 7 y las ganancias a que se refiere el artículo 13 párrafo 2;

cc) Dividendos en el sentido del artículo 10 pagados a una sociedad domiciliada en la República Federal de Alemania por una sociedad domiciliada en la República del Ecuador, cuyo capital pertenezca directamente en por lo menos un 25 % a la sociedad alemana;

dd) Remuneraciones en el sentido de los artículos 15 y 18 párrafos 1 y 2.

La República Federal de Alemania se reserva sin embargo el derecho de tener en cuenta en la fijación del impuesto las rentas así exceptuadas.

Las disposiciones precedentes se aplicarán también a bienes de todas clases sitos en la República del Ecuador si las rentas de dichos bienes deben o debieran ser exceptuadas de la base de estimación del impuesto alemán.

b) Siempre que no sea de aplicación la letra anterior, se deducirá del impuesto sobre la renta, y del impuesto sobre sociedades que haya de percibirse en la República Federal de Alemania sobre rentas procedentes de la República del Ecuador el impuesto percibido por el fisco ecuatoriano conforme a las leyes ecuatorianas y de conformidad con el presente Convenio. Asimismo, se deducirá del impuesto sobre el patrimonio que haya de percibirse en la República Federal de Alemania sobre bienes de todas clases sitos en la República del Ecuador el impuesto sobre el patrimonio percibido por el fisco ecuatoriano conforme a las leyes ecuatorianas y de conformidad con el presente Convenio. El importe de la deducción no podrá exceder sin embargo la parte del impuesto alemán correspondiente a dichas rentas o bienes antes de hecha la deducción.

c) Für die Zwecke der unter Buchstabe b erwähnten Anrechnung wird davon ausgegangen, daß die ecuadorianische Steuer beträgt

aa) bei Zinsen im Sinne des Artikels 11 Absatz 3 20 vom Hundert der Zinsen;

bb) bei Lizenzgebühren im Sinne des Artikels 12 Absatz 2 20 vom Hundert der Lizenzgebühren.

(2) a) Bei einer in der Republik Ecuador ansässigen Person werden folgende Einkünfte, die nach dem vorliegenden Abkommen in der Bundesrepublik Deutschland besteuert werden können, von der Bemessungsgrundlage der ecuadorianischen Steuer ausgenommen:

aa) Einkünfte aus unbeweglichem Vermögen im Sinne des Artikels 6 und Gewinne aus der Veräußerung dieses Vermögens;

bb) Unternehmensgewinne im Sinne des Artikels 7 und Gewinne, die unter Artikel 13 Absatz 2 fallen;

cc) Dividenden im Sinne des Artikels 10, die an eine in der Republik Ecuador ansässige Gesellschaft von einer in der Bundesrepublik Deutschland ansässigen Gesellschaft gezahlt werden, deren Kapital zu mindestens 25 vom Hundert unmittelbar der ecuadorianischen Gesellschaft gehört;

dd) Vergütungen im Sinne der Artikel 15 und 18 Absätze 1 und 2.

Die Republik Ecuador behält jedoch das Recht, die so ausgenommenen Einkünfte bei der Festsetzung des Steuersatzes zu berücksichtigen.

Die vorstehenden Bestimmungen sind ebenfalls auf alle in der Bundesrepublik Deutschland gelegenen Vermögenswerte anzuwenden, wenn die Einkünfte aus diesen Vermögenswerten von der Bemessungsgrundlage der ecuadorianischen Steuer auszunehmen sind oder wären.

b) Soweit nicht Buchstabe a anzuwenden ist, wird auf die von den aus der Bundesrepublik Deutschland stammenden Einkünften zu erhebende ecuadorianische Einkommensteuer entsprechend dem ecuadorianischen Recht die deutsche Steuer angerechnet, die nach deutschem Recht und in Übereinstimmung mit diesem Abkommen gezahlt worden ist. Ebenso wird auf die von allen in der Bundesrepublik Deutschland gelegenen Vermögenswerten zu erhebende ecuadorianische Vermögensteuer entsprechend dem ecuadorianischen Recht die deutsche Vermögensteuer angerechnet, die nach deutschem Recht und in Übereinstimmung mit diesem Abkommen gezahlt worden ist. Der anzurechnende Betrag darf jedoch nicht den Teil der vor der Anrechnung ermittelten ecuadorianischen Steuer übersteigen, der auf diese Einkünfte oder Vermögenswerte entfällt.

c) A los efectos de la deducción mencionada en la letra anterior se parte de la base de que el impuesto ecuatoriano se eleva

aa) para los intereses en el sentido del artículo 11 párrafo 3, a 20 % de los intereses;

bb) para las regalías en el sentido del artículo 12 párrafo 2, a 20 % de las regalías.

(2) a) En el caso de una persona domiciliada en la República del Ecuador serán exceptuadas de la base de estimación del impuesto ecuatoriano las siguientes rentas, que de acuerdo con las disposiciones del presente Convenio serán gravables en la República Federal de Alemania:

aa) Rentas de bienes inmuebles en el sentido del artículo 6 y beneficios de la enajenación de dichos bienes;

bb) Beneficios de empresas en el sentido del artículo 7 y las ganancias a que se refiere el artículo 13 párrafo 2;

cc) Dividendos en el sentido del artículo 10 pagados a una sociedad domiciliada en la República del Ecuador por una sociedad domiciliada en la República Federal de Alemania, cuyo capital pertenezca directamente en por lo menos un 25 % a la sociedad ecuatoriana;

dd) Remuneraciones en el sentido de los artículos 15 y 18 párrafos 1 y 2.

La República del Ecuador se reserva sin embargo el derecho de tener en cuenta en la fijación del impuesto las rentas así exceptuadas.

Las disposiciones precedentes se aplicarán también a bienes de todas clases sitos en la República Federal de Alemania si las rentas de dichos bienes deben o debieran ser exceptuadas de la base de estimación del impuesto ecuatoriano.

b) Siempre que no sea de aplicación la letra anterior, se deducirá del impuesto sobre la renta, que haya de percibirse en la República del Ecuador sobre rentas procedentes de la República Federal de Alemania, de acuerdo con las leyes ecuatorianas el impuesto percibido por el fisco alemán conforme a las leyes alemanas y de conformidad con el presente Convenio. Asimismo, se deducirá del impuesto sobre el patrimonio, que haya de percibirse en la República del Ecuador sobre bienes de todas clases sitos en la República Federal de Alemania de acuerdo con las leyes ecuatorianas el impuesto sobre el patrimonio percibido por el fisco alemán conforme a las leyes alemanas y de conformidad con el presente Convenio. El importe de la deducción no podrá exceder sin embargo la parte del impuesto ecuatoriano correspondiente a dichas rentas o bienes antes de hecha la deducción.

Artikel 24

Gleichbehandlung

(1) Die Staatsangehörigen eines Vertragsstaats dürfen in dem anderen Vertragsstaat weder einer Besteuerung noch einer damit zusammenhängenden Verpflichtung unterworfen werden, die anders oder belastender sind als die Besteuerung und die damit zusammenhängenden Verpflichtungen, denen die Staatsangehörigen des anderen Staates unter gleichen Verhältnissen unterworfen sind oder unterworfen werden können.

(2) Die Besteuerung einer Betriebstätte, die ein Unternehmen eines Vertragsstaats in dem anderen Vertragsstaat hat, darf in dem anderen Staat nicht ungünstiger sein als die Besteuerung von Unternehmen des anderen Staates, welche die gleiche Tätigkeit ausüben.

Artículo 24

No discriminación

(1) Los nacionales de un Estado Contratante no serán sometidos en el otro Estado Contratante a ningún impuesto ni obligación relativa al mismo que no se exijan o que sean más gravosos que aquellos a los que estén o puedan estar sometidos los nacionales de este último Estado que se encuentren en las mismas condiciones.

(2) Un establecimiento permanente que una empresa de un Estado Contratante tenga en el otro Estado Contratante no será sometido a imposición en este Estado de manera menos favorable que las empresas de este último Estado que realicen las mismas actividades.

Diese Bestimmung verpflichtet einen Vertragsstaat nicht, den in dem anderen Vertragsstaat ansässigen Personen Steuerfreibeträge, -vergünstigungen und -ermäßigungen auf Grund des Personenstands oder der Familienlasten oder sonstiger persönlicher Umstände zu gewähren, die er den in seinem Hoheitsgebiet ansässigen Personen gewährt.

(3) Außer in den Fällen der Artikel 9, 11 Absatz 7 und 12 Absatz 5 sind Zinsen, Lizenzgebühren und andere Entgelte, die ein Unternehmen eines Vertragsstaats an eine im anderen Vertragsstaat ansässige Person zahlt, bei der Ermittlung der steuerpflichtigen Gewinne dieses Unternehmens unter den gleichen Bedingungen wie Zahlungen an eine im erstgenannten Staat ansässige Person zum Abzug zuzulassen.

(4) Die Unternehmen eines Vertragsstaats, deren Kapital ganz oder teilweise unmittelbar oder mittelbar einer in dem anderen Vertragsstaat ansässigen Person oder mehreren solchen Personen gehört oder ihrer Kontrolle unterliegt, dürfen in dem erstgenannten Vertragsstaat weder einer Besteuerung noch einer damit zusammenhängenden Verpflichtung unterworfen werden, die anders oder belastender sind als die Besteuerung und die damit zusammenhängenden Verpflichtungen, denen andere ähnliche Unternehmen des erstgenannten Staates unterworfen sind oder unterworfen werden können.

Esta disposición no obliga a un Estado Contratante a conceder a las personas domiciliadas en el otro Estado Contratante las deducciones personales, desgravaciones y reducciones de impuestos que otorgue a las personas domiciliadas en su territorio en consideración a su estado civil o cargas familiares o demás circunstancias personales.

(3) A excepción de los casos contemplados en los Artículos 9, 11 párrafo 7, y 12 párrafo 5, los intereses, regalías y otras recompensas que una empresa de un Estado Contratante paga a una persona domiciliada en el otro Estado Contratante serán deducibles para la determinación de los beneficios gravables de esta empresa de igual manera como lo son los pagos efectuados a una persona domiciliada en el Estado primeramente denominado.

(4) Las empresas de un Estado Contratante cuyo capital esté, en todo o en parte, poseído o controlado, directa o indirectamente, por una o más personas domiciliadas en el otro Estado Contratante, no serán sometidas en el Estado Contratante citado en primer lugar a ningún impuesto ni obligación relativa al mismo que no se exijan o que sean más gravosos que aquellos a los que estén o puedan estar sometidas las empresas similares del primer Estado.

Artikel 25

Verständigungsverfahren

(1) Ist eine in einem Vertragsstaat ansässige Person der Auffassung, daß die Maßnahmen eines Vertragsstaats oder beider Vertragsstaaten für sie zu einer Besteuerung führen oder führen werden, die diesem Abkommen nicht entspricht, so kann sie unbeschadet der nach dem innerstaatlichen Recht dieser Staaten vorgesehenen Rechtsmittel ihren Fall der zuständigen Behörde des Vertragsstaats unterbreiten, in dem sie ansässig ist.

(2) Hält diese zuständige Behörde die Einwendung für begründet und ist sie selbst nicht in der Lage, eine befriedigende Lösung herbeizuführen, so hat sie den Fall im Einvernehmen mit der zuständigen Behörde des anderen Vertragsstaats so zu regeln, daß eine dem Abkommen nicht entsprechende Besteuerung vermieden wird.

(3) Die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten haben Schwierigkeiten oder Zweifel, die bei der Auslegung oder Anwendung dieses Abkommens entstehen, in gegenseitigem Einvernehmen zu beseitigen. Sie können auch gemeinsam darüber beraten, wie eine Doppelbesteuerung in Fällen, die in diesem Abkommen nicht behandelt sind, vermieden werden kann.

(4) Die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten können zum Zweck der Anwendung dieses Abkommens unmittelbar miteinander verkehren.

Artículo 25

Procedimiento amistoso

(1) Cuando una persona domiciliada en un Estado Contratante considere que las medidas tomadas por uno o ambos Estados Contratantes implican o pueden representar para él un gravamen que no esté conforme con el presente Convenio, independientemente de las acciones previstas por la legislación nacional de los Estados, podrá someter su caso a la autoridad competente del Estado Contratante en el que esté domiciliada.

(2) Esta autoridad competente, si la reclamación le parece fundada y si ella misma no está en condiciones de adoptar una solución satisfactoria, deberá resolver la cuestión mediante un acuerdo amistoso con la autoridad competente del otro Estado Contratante, a fin de evitar una tributación que no esté de acuerdo con el presente Convenio.

(3) Las autoridades competentes de los Estados Contratantes deberán resolver mediante acuerdo amistoso las dificultades o disipar las dudas que plantee la interpretación o aplicación del presente Convenio. También podrán ponerse de acuerdo para tratar de evitar la doble imposición en los casos no previstos en el mismo.

(4) Las autoridades competentes de los Estados Contratantes podrán comunicarse directamente para la aplicación del presente Convenio.

Artikel 26

Austausch von Informationen

(1) Die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten werden die Informationen austauschen, die zur Durchführung dieses Abkommens erforderlich sind. Alle so ausgetauschten Informationen sind geheimzuhalten und dürfen nur solchen Personen, Behörden oder Gerichten zugänglich gemacht werden, die mit der Veranlagung oder Erhebung der unter das Abkommen fallenden Steuern oder mit der Prüfung von Rechtsbehelfs- oder Klageverfahren oder strafrechtlicher Verfolgung in bezug auf diese Steuern befaßt sind. Dieser Vorbehalt verbietet es nicht,

Artículo 26

Intercambio de información

(1) Las autoridades competentes de los Estados Contratantes intercambiarán las informaciones necesarias para la aplicación del presente Convenio. Las informaciones así intercambiadas serán mantenidas en reserva y sólo se podrán revelar a las personas, autoridades o tribunales que estén encargados de la liquidación o recaudación de los impuestos objeto del presente Convenio, o del examen de recursos administrativos y jurisdiccionales o de acciones penales relativas a estos impuestos. Esta reserva tampoco incluye la revelación de las informa-

diese Informationen im Rahmen eines öffentlichen Gerichtsverfahrens vor den zuständigen Gerichten offenzulegen.

(2) Absatz 1 ist auf keinen Fall so auszulegen, als verpflichte er einen der Vertragsstaaten,

a) Verwaltungsmaßnahmen durchzuführen, die von den Gesetzen oder der Verwaltungspraxis dieses oder des anderen Vertragsstaats abweichen;
b) Angaben zu übermitteln, die nach den Gesetzen oder im üblichen Verwaltungsverfahren dieses oder des anderen Vertragsstaats nicht beschafft werden können;
c) Informationen zu erteilen, die ein Handels-, Geschäfts-, Gewerbe- oder Berufsgeheimnis oder ein Geschäftsverfahren preisgeben würden oder deren Erteilung der öffentlichen Ordnung widerspräche.

Artikel 27

Diplomaten und Konsularbeamte

(1) Dieses Abkommen berührt nicht die steuerlichen Vorrechte, die den Diplomaten und Konsularbeamten nach den allgemeinen Regeln des Völkerrechts oder auf Grund besonderer Übereinkünfte zustehen.

(2) Soweit Einkünfte oder Vermögen wegen der einer Person nach den allgemeinen Regeln des Völkerrechts oder auf Grund besonderer internationaler Übereinkünfte zustehenden Vorrechte im Empfangsstaat nicht besteuert werden, steht das Besteuerungsrecht dem Entsendestaat zu.

(3) Bei der Anwendung dieses Abkommens gelten die Mitglieder einer diplomatischen Mission oder konsularischen Vertretung, die ein Vertragsstaat in dem anderen Vertragsstaat oder in einem dritten Staat unterhält, sowie die bei ihnen lebenden Personen als im Entsendestaat ansässig, wenn sie die Staatsangehörigkeit des Entsendestaats besitzen und dort zu den Steuern vom Einkommen und vom Vermögen wie in diesem Staat ansässige Personen herangezogen werden.

(4) Das Abkommen gilt nicht für Mitglieder diplomatischer Missionen oder konsularischer Vertretungen eines dritten Staates, die in einem Vertragsstaat anwesend sind, aber in keinem der beiden Vertragsstaaten für Zwecke der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen als dort ansässig behandelt werden.

Artikel 28

Land Berlin

Dieses Abkommen gilt auch für das Land Berlin, sofern nicht die Regierung der Bundesrepublik Deutschland gegenüber der Regierung der Republik Ecuador innerhalb von drei Monaten nach Inkrafttreten des Abkommens eine gegenteilige Erklärung abgibt.

Artikel 29

Inkrafttreten

(1) Dieses Abkommen bedarf der Ratifikation; die Ratifikationsurkunden werden so bald wie möglich in Bonn ausgetauscht.

(2) Dieses Abkommen tritt am dreißigsten Tag nach dem Austausch der Ratifikationsurkunden in Kraft und ist anzuwenden

a) in der Bundesrepublik Deutschland auf die Steuern, die für die am oder nach dem 1. Januar 1977 beginnenden Veranlagungszeiträume erhoben werden;

ciones en el curso de las audiencias públicas de los tribunales competentes.

(2) En ningún caso, las disposiciones del párrafo 1 obligan a un Estado Contratante a:

a) adoptar medidas administrativas contrarias a su legislación o práctica administrativa o a las del otro Estado Contratante;
b) suministrar información que no se pueda obtener sobre la base de su propia legislación o práctica administrativa normal o de las del otro Estado Contratante;
c) transmitir informaciones que revelen un secreto comercial, industrial, de negocios o profesional o un procedimiento comercial o industrial, o informaciones cuya comunicación sea contraria al orden público.

Artículo 27

Agentes diplomáticos y funcionarios consulares

(1) Las disposiciones del presente Convenio no afectan a los privilegios fiscales reconocidos a los agentes diplomáticos y a los funcionarios consulares de acuerdo con las reglas generales del derecho internacional o en virtud de convenciones especiales.

(2) En tanto que los ingresos o bienes de una persona no se sometan a imposición en el Estado receptor a causa de los privilegios que a dicha persona correspondan según las reglas generales del derecho internacional, o en virtud de convenciones internacionales especiales, el derecho de imposición corresponderá al Estado que envía.

(3) En la aplicación del presente Convenio, los miembros de una misión diplomática u oficina consular que un Estado Contratante mantenga en el otro, o en un tercer Estado, así como las personas que convivan con ellos, se considerarán como domiciliadas en el Estado que envía si poseen la nacionalidad de éste, y allí están sometidos a la imposición sobre la renta y sobre el patrimonio lo mismo que las personas domiciliadas en dicho Estado.

(4) El presente Convenio no se aplicará a los miembros de misiones diplomáticas u oficinas consulares de un tercer Estado, que viviendo en uno de los Estados Contratantes, sin embargo, para fines de renta y patrimonio no son considerados como domiciliados en ninguno de los dos Estados Contratantes.

Artículo 28

Land Berlín

El presente Convenio se aplicará también al Land Berlín, en tanto que el Gobierno de la República Federal de Alemania no haga una declaración en contrario al Gobierno de la República del Ecuador dentro de los tres meses siguientes a la entrada en vigor del presente Convenio.

Artículo 29

Entrada en vigor

(1) El presente Convenio será ratificado y los instrumentos de ratificación serán intercambiados en Bonn lo antes posible.

(2) El presente Convenio entrará en vigor treinta días después de la fecha de intercambio de los instrumentos de ratificación y se aplicará:

a) en la República Federal de Alemania, a los impuestos que se perciban por los períodos fiscales que empiecen el 1º de enero de 1977 o después de esa fecha;

b) in der Republik Ecuador auf die Steuern, die für die am oder nach dem 1. Januar 1977 beginnenden Veranlagungszeiträume erhoben werden;

c) in beiden Vertragsstaaten auf die im Abzugsweg erhobenen Steuern, die nach dem 31. Dezember 1976 gezahlt werden.

Artikel 30

Kündigung

Dieses Abkommen bleibt auf unbestimmte Zeit in Kraft; jedoch kann jeder der Vertragsstaaten bis zum dreißigsten Juni eines jeden Kalenderjahrs nach Ablauf von fünf Jahren, vom Tag des Inkrafttretens an gerechnet, das Abkommen auf diplomatischem Weg schriftlich kündigen. In diesem Fall ist das Abkommen nicht mehr anzuwenden

a) in der Bundesrepublik Deutschland auf die Steuern, die für die Veranlagungszeiträume erhoben werden, welche auf den Veranlagungszeitraum folgen, in dem die Kündigung ausgesprochen wird;

b) in der Republik Ecuador auf die Steuern, die für die Veranlagungszeiträume erhoben werden, welche auf den Veranlagungszeitraum folgen, in dem die Kündigung ausgesprochen wird;

c) in beiden Vertragsstaaten auf die im Abzugsweg erhobenen Steuern, die nach dem 31. Dezember des Kündigungsjahrs gezahlt werden.

b) en la República del Ecuador, a los impuestos que se perciban por los períodos fiscales que empiecen el 1º de enero de 1977 o después de esa fecha;

c) en ambos Estados Contratantes, a los impuestos percibidos por deducción que se paguen después del 31 de diciembre de 1976.

Artículo 30

Denuncia

El presente Convenio permanecerá en vigor indefinidamente, pero cualquiera de los Estados Contratantes podrá, antes del 1º de julio de cualquier año civil que comience una vez transcurridos cinco años desde la entrada en vigor del Convenio denunciarlo por escrito y vía diplomática. En tal caso, el Convenio dejará de tener efecto:

a) en la República Federal de Alemania, respecto a los impuestos que se perciban por los períodos fiscales siguientes al de formulación de la denuncia,

b) en la República del Ecuador, respecto a los impuestos que se perciban por los períodos fiscales siguientes al de formulación de la denuncia,

c) en ambos Estados Contratantes, respecto a los impuestos percibidos por deducción que se paguen después del 31 de diciembre del año en que se formuló la denuncia.

GESCHEHEN zu Quito am zweiundzwanzigsten Juli Neunzehnhundertsiebenundsiebzig, in zwei Urschriften, jede in deutscher und spanischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

HECHO en Quito el veintidos de julio de mil novecientos setenta y siete en dos originales en lengua alemana y española, siendo ambos textos igualmente auténticos.

Für die Bundesrepublik Deutschland
Por la República Federal de Alemania

Karl Rolf Nagel
Botschafter
Embajador

Für die Republik Ecuador
Por la República del Ecuador

Santiago Sevilla Larrea
Finanzminister
Ministro de Finanzas y Crédito Público

Zusatzvereinbarung

Die Bundesrepublik Deutschland
und
die Republik Ecuador

haben anläßlich der Unterzeichnung des Abkommens zur Vermeidung der Doppelbesteuerung auf dem Gebiet der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen am zweiundzwanzigsten Juli Neunzehnhundertsiebenundsiebzig in Quito die nachstehenden Bestimmungen vereinbart, die Bestandteil des Abkommens sind.

(1) Zu Artikel 11:

Artikel 11 Absatz 1 schließt nicht die Anwendung der Vorschriften des Dekrets Nr. 506 der Regierung der Republik Ecuador vom 6. Juli 1976 aus.

(2) Zu Artikel 23:

Verwendet eine in der Bundesrepublik Deutschland ansässige Gesellschaft Einkünfte aus Quellen innerhalb der Republik Ecuador zur Ausschüttung, so schließt Artikel 23 die Herstellung der Ausschüttungsbelastung nach den Vorschriften des Steuerrechts der Bundesrepublik Deutschland nicht aus.

(3) Zu Artikel 23:

Ungeachtet des Artikels 23 Absatz 1 Buchstabe a wird Buchstabe b dieses Artikels mit Ausnahme der ergänzenden Bestimmung des Buchstabens c sinngemäß auf die Gewinne einer Betriebstätte und auf das Vermögen, das das Betriebsvermögen einer Betriebstätte darstellt, auf die von einer Gesellschaft gezahlten Dividenden, auf die Beteiligung an einer Gesellschaft und auf die in Artikel 13 Absätze 1 und 2 des Abkommens erwähnten Gewinne angewandt, es sei denn, daß die in der Bundesrepublik Deutschland ansässige Person nachweist, daß die Einnahmen der Betriebstätte oder Gesellschaft ausschließlich oder fast ausschließlich stammen

a) aus einer der folgenden in der Republik Ecuador ausgeübten Tätigkeiten: Herstellung oder Verkauf von Gütern oder Waren, technische Beratung oder technische Dienstleistung oder Bank- oder Versicherungsgeschäfte oder

b) aus Dividenden, die von einer oder mehreren in der Republik Ecuador ansässigen Gesellschaften gezahlt werden, deren Kapital zu mehr als 25 vom Hundert der erstgenannten Gesellschaft gehört und die ihre Einkünfte wiederum ausschließlich oder fast ausschließlich aus einer der folgenden in der Republik Ecuador ausgeübten Tätigkeiten beziehen: Herstellung oder Verkauf von Gütern oder Waren, technische Beratung oder technische Dienstleistung oder Bank- oder Versicherungsgeschäfte.

(4) Zu Artikel 29:

Ungeachtet des Artikels 29 werden die Artikel 8, 13 Absatz 2 Satz 2 und 22 Absatz 3 in beiden Vertragsstaaten für die Veranlagungszeiträume angewandt, die am 1. Januar 1974 oder danach beginnen.

La República Federal de Alemania
y
la República del Ecuador

con motivo de la firma del Convenio para evitar la Doble Imposición en materia de impuestos sobre la renta y sobre el patrimonio, el veintidos de julio de mil novecientos setenta y siete en Quito, han acordado las siguientes disposiciones que forman parte de dicho Convenio:

(1) Respecto al artículo 11

Artículo 11 párrafo 1 no excluye la aplicación de las disposiciones del Decreto No. 506 expedido por el Gobierno de la República del Ecuador el 6 de julio de 1976.

(2) Respecto al artículo 23

En caso de que una sociedad domiciliada en la República Federal de Alemania distribuye dividendos procedentes de rentas de fuentes en la República del Ecuador, el artículo 23 no excluye la imposición compensatoria del impuesto sobre sociedades de acuerdo al derecho fiscal de la República Federal de Alemania.

(3) Respecto al artículo 23

No obstante las disposiciones del párrafo 1 letra (a) del artículo 23 del Convenio, letra (b) del citado artículo, a excepción de las disposiciones complementarias de la letra (c) se aplicará por analogía a los beneficios de un establecimiento permanente, y a los bienes que constituyen el capital de explotación de un establecimiento permanente; a los dividendos pagados por una sociedad y a la participación en una sociedad; o a los beneficios mencionados en los párrafos 1 y 2 del artículo 13 del Convenio, a no ser que la persona domiciliada en la República Federal de Alemania demuestre que los ingresos del establecimiento permanente o de la sociedad, proceden exclusiva o casi exclusivamente:

a) de una de las siguientes actividades ejercidas en la República del Ecuador: Producción o venta de mercancías o productos, asesoramiento técnico, prestación de servicios técnicos, o negocios bancarios o de seguros; o

b) de dividendos pagados por una o varias sociedades domiciliadas en la República del Ecuador cuyo capital pertenezca en más del 25 % a la sociedad primeramente mencionada y que a su vez perciba sus rentas exclusiva o casi exclusivamente de una de las siguientes actividades ejercidas dentro de la República del Ecuador: Producción o venta de mercancías o productos, asesoramiento técnico, prestación de servicios técnicos o negocios bancarios o de seguros.

(4) Respecto al artículo 29

No obstante las disposiciones del artículo 29 del Convenio los artículos 8, 13 párrafo 2 segunda frase, y 22 párrafo 3, se aplicarán en ambos Estados Contratantes por los períodos fiscales que empiecen el 1º de enero de 1974 o después de esta fecha.

Für die Bundesrepublik Deutschland
Por la República Federal de Alemania
Karl Rolf Nagel
Botschafter
Embajador

Für die Republik Ecuador
Por la República del Ecuador
Santiago Sevilla Larrea
Finanzminister
Ministro de Finanzas y Crédito Público

Verordnung über die Zusammenlegung der deutschen und niederländischen Grenzabfertigung am Grenzübergang An der Schwalme/Swalmen

Vom 20. Februar 1979

Auf Grund des Artikels 2 Abs. 1 des Gesetzes vom 25. August 1960 zu dem Abkommen vom 30. Mai 1958 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Königreich der Niederlande über die Zusammenlegung der Grenzabfertigung und über die Einrichtung von Gemeinschafts- oder Betriebswechselbahnhöfen an der deutsch-niederländischen Grenze (BGBl. 1960 II S. 2181) wird verordnet:

§ 1

Am Grenzübergang An der Schwalme/Swalmen werden die deutsche und die niederländische Grenzabfertigung nach Maßgabe der Vereinbarung vom 29. November 1978/12. Januar 1979 zusammengelegt. Die Vereinbarung wird nachstehend veröffentlicht.

§ 2

Diese Verordnung gilt nach § 14 des Dritten Überleitungsgesetzes in Verbindung mit Artikel 3 des Gesetzes vom 25. August 1960 auch im Land Berlin.

§ 3

(1) Diese Verordnung tritt an dem Tage in Kraft, an dem die Vereinbarung in Kraft tritt.

(2) Diese Verordnung tritt an dem Tage außer Kraft, an dem die Vereinbarung außer Kraft tritt.

(3) Der Tag des Inkrafttretens und der Tag des Außerkrafttretens sind im Bundesgesetzblatt bekanntzugeben.

Bonn, den 20. Februar 1979

Der Bundesminister der Finanzen
In Vertretung
Obert

Der Bundesminister des Innern
In Vertretung
Fröhlich

Der Bundesminister der Finanzen
III B 8 — Z 1108 (Nie) — 40/78

5300 Bonn, den 29. November 1978

Seiner Exzellenz
dem Minister der Finanzen
des Königreichs der Niederlande
Den Haag

Betr.: Abkommen vom 30. Mai 1958 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Königreich der Niederlande über die Zusammenlegung der Grenzabfertigung und über die Einrichtung von Gemeinschafts- oder Betriebswechselbahnhöfen an der deutsch-niederländischen Grenze;

hier: Zusammenlegung der deutschen und der niederländischen Grenzabfertigung am Grenzübergang An der Schwalme/Swalmen

Herr Minister!

Mit Bezug auf Artikel 1 Absatz 4 Buchstabe a des oben genannten Abkommens und die Besprechungen zwischen den beteiligten Verwaltungen beehre ich mich, Ihnen — auch im Namen des Bundesministers des Innern — folgende Vereinbarung vorzuschlagen:

I.

Am Grenzübergang An der Schwalme/Swalmen an der Straße L 373 von Brüggen nach Swalmen werden die deutsche und die niederländische Grenzabfertigung auf deutschem Gebiet zusammengelegt.

II.

Die Zone im Sinne des Artikels 3 des Abkommens umfaßt:

1. die zur Durchführung der Grenzabfertigung erforderlichen Diensträume und Anlagen einschließlich der Rampe und Parkflächen, sowie
2. einen Abschnitt der Straße von Brüggen nach Swalmen von der gemeinsamen Grenze bis zu einer Entfernung von 150 Metern, gemessen in Richtung Brüggen vom Schnittpunkt der gemeinsamen Grenze mit der Achse der Straße.

III.

Diese Vereinbarung wird gemäß Artikel 1 Absatz 5 des Abkommens bestätigt und in Kraft gesetzt. Der Zeitpunkt des Inkrafttretens wird in diplomatischen Noten festgelegt.

IV.

Diese Vereinbarung kann jederzeit auf diplomatischem Wege gekündigt werden. Sie tritt 6 Monate nach ihrer Kündigung außer Kraft.

Ich werde mich nach Erklärung Ihres Einverständnisses mit diesem Vereinbarungsvorschlag unverzüglich mit dem Auswärtigen Amt in Verbindung setzen, damit die Vereinbarung durch den Austausch von Noten auf diplomatischem Wege bestätigt und in Kraft gesetzt werden kann.

Genehmigen Sie, Herr Minister, den Ausdruck meiner vorzüglichen Hochachtung.

Im Auftrag
Hans Hutter

Ministerie van Financiën
Directoraat-Generaal der Belastingen
Directie Douane
Afdeling Algemene Douanezaken en Grensbewaking

's-Gravenhage, den 12. Januar 1979

Seiner Exzellenz
dem Minister der Finanzen
der Bundesrepublik Deutschland

Graurheindorfer Straße 108

D 5300 Bonn

Ons kenmerk: 278-23954

Onderwerp: Zusammenlegung der Grenzabfertigung
an der niederländisch-deutschen Grenze

Herr Minister!

Ich habe die Ehre, Ihnen den Empfang Ihres Briefes vom 29. November 1978 — III B 8 — Z 1108 (Nie) — 40/78 — bestätigen, der wie folgt lautet:

„Mit Bezug auf Artikel 1 Absatz 4 Buchstabe a des oben genannten Abkommens und die Besprechungen zwischen den beteiligten Verwaltungen beehre ich mich, Ihnen — auch im Namen des Bundesministers des Innern — folgende Vereinbarung vorzuschlagen:

I.

Am Grenzübergang An der Schwalme/Swalmen an der Straße L 373 von Brüggen nach Swalmen werden die deutsche und die niederländische Grenzabfertigung auf deutschem Gebiet zusammengelegt.

II.

Die Zone im Sinne des Artikels 3 des Abkommens umfaßt:

1. die zur Durchführung der Grenzabfertigung erforderlichen Diensträume und Anlagen einschließlich der Rampe und Parkflächen, sowie
2. einen Abschnitt der Straße von Brüggen nach Swalmen von der gemeinsamen Grenze bis zu einer Entfernung von 150 Metern, gemessen in Richtung Brüggen vom Schnittpunkt der gemeinsamen Grenze mit der Achse der Straße.

III.

Diese Vereinbarung wird gemäß Artikel 1 Absatz 5 des Abkommens bestätigt und in Kraft gesetzt. Der Zeitpunkt des Inkrafttretens wird in diplomatischen Noten festgelegt.

IV.

Diese Vereinbarung kann jederzeit auf diplomatischem Wege gekündigt werden. Sie tritt 6 Monate nach ihrer Kündigung außer Kraft.

Ich werde mich nach Erklärung Ihres Einverständnisses mit diesem Vereinbarungsvorschlag unverzüglich mit dem Auswärtigen Amt in Verbindung setzen, damit die Vereinbarung durch den Austausch von Noten auf diplomatischem Wege bestätigt und in Kraft gesetzt werden kann."

Ich beehre mich, Ihnen auch im Namen der anderen zuständigen niederländischen Ministerien mitzuteilen, daß ich mit Ihrem Vereinbarungsvorschlag einverstanden bin.

Genehmigen Sie, Herr Minister, den Ausdruck meiner vorzüglichen Hochachtung.

Der Staatssekretär der Finanzen
Für diesen
Der Generaldirektor der Steuern
C. J. Sleddering

Verordnung über die Zusammenlegung der deutschen und der niederländischen Grenzabfertigung am Grenzübergang Klein-Netterden/Netterden

Vom 20. Februar 1979

Auf Grund des Artikels 2 Abs. 1 des Gesetzes vom 25. August 1960 zu dem Abkommen vom 30. Mai 1958 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Königreich der Niederlande über die Zusammenlegung der Grenzabfertigung und über die Einrichtung von Gemeinschafts- oder Betriebswechselbahnhöfen an der deutsch-niederländischen Grenze (BGBl. 1960 II S. 2181) wird verordnet:

§ 1

Am Grenzübergang Klein-Netterden/Netterden werden die deutsche und die niederländische Grenzabfertigung nach Maßgabe der Vereinbarung vom 29. November 1978/15. Januar 1979 zusammengelegt. Die Vereinbarung wird nachstehend veröffentlicht.

§ 2

Diese Verordnung gilt nach § 14 des Dritten Überleitungsgesetzes in Verbindung mit Artikel 3 des Gesetzes vom 25. August 1960 auch im Land Berlin.

§ 3

(1) Diese Verordnung tritt an dem Tage in Kraft, an dem die Vereinbarung in Kraft tritt.

(2) Diese Verordnung tritt an dem Tage außer Kraft, an dem die Vereinbarung außer Kraft tritt.

(3) Der Tag des Inkrafttretens und der Tag des Außerkrafttretens sind im Bundesgesetzblatt bekanntzugeben.

Bonn, den 20. Februar 1979

Der Bundesminister der Finanzen
In Vertretung
Obert

Der Bundesminister des Innern
In Vertretung
Fröhlich

Der Bundesminister der Finanzen
III B 8 — Z 1108 (Nie) — 41/78

5300 Bonn, den 29. November 1978

Seiner Exzellenz
dem Minister der Finanzen
des Königreichs der Niederlande
Den Haag

Betr.: Abkommen vom 30. Mai 1958 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Königreich der Niederlande über die Zusammenlegung der Grenzabfertigung und über die Einrichtung von Gemeinschafts- oder Betriebswechselbahnhöfen an der deutsch-niederländischen Grenze;

hier: Zusammenlegung der deutschen und der niederländischen Grenzabfertigung am Grenzübergang Klein-Netterden/Netterden

Herr Minister!

Mit Bezug auf Artikel 1 Absatz 4 Buchstabe a des oben genannten Abkommens und die Besprechungen zwischen den beteiligten Verwaltungen beehre ich mich, Ihnen — auch im Namen des Bundesministers des Innern — folgende Vereinbarung vorzuschlagen:

I.

Am Grenzübergang Klein-Netterden/Netterden an der Straße von Emmerich nach Netterden werden die deutsche und die niederländische Grenzabfertigung auf deutschem und niederländischem Gebiet zusammengelegt.

II.

Die Zonen im Sinne des Artikels 3 des Abkommens umfassen:

1. die zur Durchführung der Grenzabfertigung erforderlichen Diensträume und Anlagen auf deutschem Gebiet, sowie
2. einen Abschnitt der Straße von Emmerich nach Netterden auf deutschem und niederländischem Gebiet von der gemeinsamen Grenze bis zu einer Entfernung
   a) von 75 Metern, gemessen in Richtung Emmerich,
   und
   b) von 50 Metern, gemessen in Richtung Netterden,

jeweils vom Schnittpunkt der gemeinsamen Grenze mit der Achse der Straße. Die Straßenabschnitte gehören in ihrer gesamten Breite einschließlich Randstreifen, Radweg und Böschungen zu den Zonen.

III.

Diese Vereinbarung wird gemäß Artikel 1 Absatz 5 des Abkommens bestätigt und in Kraft gesetzt. Der Zeitpunkt des Inkrafttretens wird in diplomatischen Noten festgelegt.

IV.

Diese Vereinbarung kann jederzeit auf diplomatischem Wege gekündigt werden. Sie tritt 6 Monate nach ihrer Kündigung außer Kraft.

Ich werde mich nach Erklärung Ihres Einverständnisses mit diesem Vereinbarungsvorschlag unverzüglich mit dem Auswärtigen Amt in Verbindung setzen, damit die Vereinbarung durch den Austausch von Noten auf diplomatischem Wege bestätigt und in Kraft gesetzt werden kann.

Genehmigen Sie, Herr Minister, den Ausdruck meiner vorzüglichen Hochachtung.

Im Auftrag
Hans Hutter

Ministerie van Financiën
Directoraat-Generaal der Belastingen
Directie Douane
Afdeling Algemene Douanezaken en Grensbewaking

's-Gravenhage, den 15. Januar 1979

Seiner Exzellenz
dem Minister der Finanzen
der Bundesrepublik Deutschland

Graurheindorfer Straße 108

D 5300 Bonn

Ons kenmerk: 278-23953

Onderwerp: Zusammenlegung der Grenzabfertigung
an der niederländisch-deutschen Grenze

Herr Minister!

Ich habe die Ehre, Ihnen den Empfang Ihres Briefes vom 29. November 1978 — III B 8 — Z 1108 (Nie) — 41/78 — zu bestätigen, der wie folgt lautet:

„Mit Bezug auf Artikel 1 Absatz 4 Buchstabe a des oben genannten Abkommens und die Besprechungen zwischen den beteiligten Verwaltungen beehre ich mich, Ihnen — auch im Namen des Bundesministers des Innern — folgende Vereinbarung vorzuschlagen:

I.

Am Grenzübergang Klein-Netterden/Netterden an der Straße von Emmerich nach Netterden werden die deutsche und die niederländische Grenzabfertigung auf deutschem und niederländischem Gebiet zusammengelegt.

II.

Die Zonen im Sinne des Artikels 3 des Abkommens umfassen:

1. die zur Durchführung der Grenzabfertigung erforderlichen Diensträume und Anlagen auf deutschem Gebiet, sowie
2. einen Abschnitt der Straße von Emmerich nach Netterden auf deutschem und niederländischem Gebiet von der gemeinsamen Grenze bis zu einer Entfernung
   a) von 75 Metern, gemessen in Richtung Emmerich,
   und
   b) von 50 Metern, gemessen in Richtung Netterden,

jeweils vom Schnittpunkt der gemeinsamen Grenze mit der Achse der Straße. Die Straßenabschnitte gehören in ihrer gesamten Breite einschließlich Randstreifen, Radweg und Böschungen zu den Zonen.

III.

Diese Vereinbarung wird gemäß Artikel 1 Absatz 5 des Abkommens bestätigt und in Kraft gesetzt. Der Zeitpunkt des Inkrafttretens wird in diplomatischen Noten festgelegt.

IV.

Diese Vereinbarung kann jederzeit auf diplomatischem Wege gekündigt werden. Sie tritt 6 Monate nach ihrer Kündigung außer Kraft.

Ich werde mich nach Erklärung Ihres Einverständnisses mit diesem Vereinbarungsvorschlag unverzüglich mit dem Auswärtigen Amt in Verbindung setzen, damit die Vereinbarung durch den Austausch von Noten auf diplomatischem Wege bestätigt und in Kraft gesetzt werden kann."

Ich beehre mich, Ihnen auch im Namen der anderen zuständigen niederländischen Ministerien mitzuteilen, daß ich mit Ihrem Vereinbarungsvorschlag einverstanden bin.

Genehmigen Sie, Herr Minister, den Ausdruck meiner vorzüglichen Hochachtung.

Der Staatssekretär der Finanzen
Für diesen
Der Generaldirektor der Steuern
C. J. Sleddering

Verordnung über die Zusammenlegung der deutschen und der niederländischen Grenzabfertigung in Zügen während der Fahrt auf der Strecke Kleve–Arnheim

Vom 20. Februar 1979

Auf Grund des Artikels 2 Abs. 1 des Gesetzes vom 25. August 1960 zu dem Abkommen vom 30. Mai 1958 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Königreich der Niederlande über die Zusammenlegung der Grenzabfertigung und über die Einrichtung von Gemeinschafts- oder Betriebswechselbahnhöfen an der deutsch-niederländischen Grenze (BGBl. 1960 II S. 2181) wird verordnet:

§ 1

Die deutsche und die niederländische Grenzabfertigung in Reisezügen während der Fahrt auf der Strecke Kleve–Arnheim werden nach Maßgabe der Vereinbarung vom 29. November 1978/15. Januar 1979 zusammengelegt. Die Vereinbarung wird nachstehend veröffentlicht.

§ 2

Diese Verordnung sowie die Verordnung über die Zusammenlegung der deutschen und niederländischen Grenzabfertigung in Bahnhöfen und in Zügen während der Fahrt vom 10. Oktober 1961 (BGBl. II S. 1633) gelten nach § 14 des Dritten Überleitungsgesetzes in Verbindung mit Artikel 3 des Gesetzes vom 25. August 1960 auch im Land Berlin.

§ 3

(1) Diese Verordnung tritt an dem Tage in Kraft, an dem die Vereinbarung in Kraft tritt.

(2) Diese Verordnung tritt an dem Tage außer Kraft, an dem die Vereinbarung außer Kraft tritt.

(3) Der Tag des Inkrafttretens und der Tag des Außerkrafttretens sind im Bundesgesetzblatt bekanntzugeben.

Bonn, den 20. Februar 1979

Der Bundesminister der Finanzen
In Vertretung
Obert

Der Bundesminister des Innern
In Vertretung
Fröhlich

Der Bundesminister der Finanzen
III B 8 — Z 1108 (Nie) — 39/78

5300 Bonn 1, den 29. November 1978

Seiner Exzellenz,
dem Minister der Finanzen
des Königreichs der Niederlande
Den Haag

Betr.: Abkommen vom 30. Mai 1958 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Königreich der Niederlande über die Zusammenlegung der Grenzabfertigung und über die Einrichtung von Gemeinschafts- oder Betriebswechselbahnhöfen an der deutsch-niederländischen Grenze;

hier: Zusammenlegung der Grenzabfertigung in Zügen während der Fahrt

Herr Minister!

Mit Bezug auf Artikel 1 Absatz 4 Buchstabe b des oben genannten Abkommens beehre ich mich, Ihnen — auch im Namen des Herrn Bundesministers des Innern — folgende Vereinbarung vorzuschlagen:

I.

In Abschnitt II Absatz 1 der Vereinbarung vom 15. August/14. September 1961 über die Zusammenlegung der Grenzabfertigung in Bahnhöfen und in Zügen während der Fahrt wird die Aufzählung der Bahnhöfe „Kleve-Kranenburg-Nijmwegen," ersetzt durch „Kleve-Kranenburg-Nijmwegen-Arnhem,".

II.

Diese Vereinbarung wird gemäß Artikel 1 Absatz 5 des Abkommens bestätigt und in Kraft gesetzt. Der Zeitpunkt des Inkrafttretens wird in diplomatischen Noten festgelegt.

III.

Diese Vereinbarung kann jederzeit auf diplomatischem Wege gekündigt werden. Sie tritt 6 Monate nach ihrer Kündigung außer Kraft.

Ich werde mich nach Erklärung Ihres Einverständnisses mit diesem Vereinbarungsvorschlag unverzüglich mit dem Auswärtigen Amt in Verbindung setzen, damit die Vereinbarung durch den Austausch von Noten auf diplomatischem Wege bestätigt und in Kraft gesetzt werden kann.

Genehmigen Sie, Herr Minister, den Ausdruck meiner vorzüglichen Hochachtung.

Im Auftrag
Hans Hutter

Ministerie van Financiën
Directoraat-Generaal der Belastingen
Directie Douane
Afdeling Algemene Douanezaken en Grensbewaking

's-Gravenhage, den 15. Januar 1979

Seiner Exzellenz
dem Minister der Finanzen
der Bundesrepublik Deutschland

Graurheindorfer Straße 108

D 5300 Bonn

Ons kenmerk: 278-23952

Onderwerp: Zusammenlegung der Grenzabfertigung
an der niederländisch-deutschen Grenze

Herr Minister!

Ich habe die Ehre, Ihnen den Empfang Ihres Briefes vom 29. November 1978 — III B 8 — Z 1108 (Nie) — 39/78 — zu bestätigen, der wie folgt lautet:

„Mit Bezug auf Artikel 1 Absatz 4 Buchstabe b des oben genannten Abkommens beehre ich mich, Ihnen — auch im Namen des Herrn Bundesministers des Innern — folgende Vereinbarung vorzuschlagen:

I.

In Abschnitt II Absatz 1 der Vereinbarung vom 15. August/14. September 1961 über die Zusammenlegung der Grenzabfertigung in Bahnhöfen und in Zügen während der Fahrt wird die Aufzählung der Bahnhöfe ‚Kleve–Kranenburg–Nijmwegen,' ersetzt durch ‚Kleve–Kranenburg–Nijmwegen–Arnhem,'.

II.

Diese Vereinbarung wird gemäß Artikel 1 Absatz 5 des Abkommens bestätigt und in Kraft gesetzt. Der Zeitpunkt des Inkrafttretens wird in diplomatischen Noten festgelegt.

III.

Diese Vereinbarung kann jederzeit auf diplomatischem Wege gekündigt werden. Sie tritt 6 Monate nach ihrer Kündigung außer Kraft.

Ich werde mich nach Erklärung Ihres Einverständnisses mit diesem Vereinbarungsvorschlag unverzüglich mit dem Auswärtigen Amt in Verbindung setzen, damit die Vereinbarung durch den Austausch von Noten auf diplomatischem Wege bestätigt und in Kraft gesetzt werden kann."

Ich beehre mich, Ihnen auch im Namen der anderen zuständigen niederländischen Ministerien mitzuteilen, daß ich mit Ihrem Vereinbarungsvorschlag einverstanden bin.

Genehmigen Sie, Herr Minister, den Ausdruck meiner vorzüglichen Hochachtung.

Der Staatssekretär der Finanzen

Für diesen
Der Generaldirektor der Steuern
C. J. Sleddering

Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Übereinkommens über die Haftung gegenüber Dritten auf dem Gebiet der Kernenergie nebst Zusatzvereinbarungen

Vom 31. Januar 1979

Das Zusatzübereinkommen vom 31. Januar 1963 zum Pariser Übereinkommen vom 29. Juli 1960 über die Haftung gegenüber Dritten auf dem Gebiet der Kernenergie nebst Zusatzprotokoll vom 28. Januar 1964 (BGBl. 1976 II S. 310, 318) findet nach seinem Artikel 24 Buchstabe d gemäß einer Erklärung des Vereinigten Königreichs auf die

Insel Man mit Wirkung vom 24. November 1978

Anwendung.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluß an die Bekanntmachung vom 24. Oktober 1977 (BGBl. II S. 1199).

Bonn, den 31. Januar 1979

Der Bundesminister des Auswärtigen
Im Auftrag
Verbeek

Bekanntmachung der Vereinbarung zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Republik Kenia über Finanzielle Zusammenarbeit

Vom 20. Februar 1979

In Nairobi ist durch Notenwechsel vom 7./21. Dezember 1978 zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Republik Kenia eine Vereinbarung über Finanzielle Zusammenarbeit getroffen worden. Die Vereinbarung ist

am 21. Dezember 1978

in Kraft getreten; sie wird nachstehend veröffentlicht.

Bonn, den 20. Februar 1978

Der Bundesminister
für wirtschaftliche Zusammenarbeit
Im Auftrag
Dr. Moltrecht

Der Botschafter
der Bundesrepublik Deutschland

Nairobi, den 7. Dezember 1978

Herr Vizepräsident,

ich beehre mich, Ihnen im Namen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland unter Bezugnahme auf das Abkommen zwischen unseren beiden Regierungen vom 28. März 1973 über Kapitalhilfe und die Agreed Minutes vom 15. März 1978 folgende Vereinbarung über die Aufstockung des Finanzierungsbeitrages der Deutschen Gesellschaft für wirtschaftliche Zusammenarbeit (Deutsche Entwicklungsgesellschaft — DEG) mbH an der Development Finance Company of Kenya vorzuschlagen:

1. In Ergänzung des oben aufgeführten Abkommens über Kapitalhilfe ermöglicht es die Regierung der Bundesrepublik Deutschland der Deutschen Gesellschaft für wirtschaftliche Zusammenarbeit (Deutsche Entwicklungsgesellschaft — DEG) mbH, Köln, ihren Finanzierungsbeitrag bei der Development Finance Company of Kenya um bis zu 20.000.000,— Kenya Shilling (in Worten: zwanzig Millionen Kenya Shilling) zu erhöhen.
2. Im übrigen gelten die Bestimmungen des eingangs erwähnten Abkommens vom 28. März 1973 über Kapitalhilfe einschließlich der Berlin-Klausel (Artikel 5) auch für diese Vereinbarung.

Falls sich die Regierung der Republik Kenia mit den in Nummer 1 und 2 gemachten Vorschlägen einverstanden erklärt, werden diese Note und die das Einverständnis Ihrer Regierung zum Ausdruck bringende Antwortnote Eurer Exzellenz eine Vereinbarung zwischen unseren beiden Regierungen bilden, die mit dem Datum Ihrer Antwortnote in Kraft tritt.

Genehmigen Sie, Herr Vizepräsident, die Versicherung meiner ausgezeichnetsten Hochachtung.

Dr. Heimsoeth
Botschafter

Seine Exzellenz
Herrn Mwai Kibaki
Vizepräsident und Finanzminister
der Republik Kenia

Nairobi

(Übersetzung)

Vizepräsident
und Finanzminister
der Republik Kenia

Nairobi, den 21. Dezember 1978

Exzellenz,

ich bestätige dankend den Empfang Ihrer Note vom 7. Dezember 1978, die wie folgt lautet:

(Es folgt der Text der vorstehenden Note.)

Ich freue mich zu bestätigen, daß die Kenianische Regierung mit den in den Paragraphen 1 und 2 enthaltenen Vorschlägen übereinstimmt und daß Ihre Note und meine Antwortnote hierzu eine Vereinbarung zwischen unseren beiden Regierungen bilden, die mit dem Datum dieses Briefes in Kraft tritt.

Genehmigen Sie, Exzellenz, die Versicherung meiner ausgezeichnetsten Hochachtung.

Mwai Kibaki
Vizepräsident und Finanzminister

Seine Exzellenz
Dr. Harald Heimsoeth
Botschafter
der Bundesrepublik Deutschland

Nairobi

Bekanntmachung
über das Inkrafttreten des Kooperationsabkommens
zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft
und der Arabischen Republik Ägypten

Vom 20. Februar 1979

Das in Brüssel am 18. Januar 1977 von dem Rat der Europäischen Gemeinschaften und ihren Mitgliedstaaten und der Arabischen Republik Ägypten unterzeichnete Kooperationsabkommen ist nach seinem Artikel 51 Abs. 2 für die

Bundesrepublik Deutschland
und die übrigen Vertragsparteien

am 1. November 1978

in Kraft getreten. Das Abkommen ist im Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften Nr. L 266 vom 27. September 1978 veröffentlicht worden.

Bonn, den 20. Februar 1979

Der Bundesminister des Auswärtigen
Im Auftrag
Dr. Fleischhauer

Bekanntmachung
über das Inkrafttreten des Kooperationsabkommens
zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft
und der Libanesischen Republik

Vom 22. Februar 1979

Das in Brüssel am 3. Mai 1977 von dem Rat der Europäischen Gemeinschaften und ihren Mitgliedstaaten und der Libanesischen Republik unterzeichnete Kooperationsabkommen ist nach seinem Artikel 49 Abs. 2 für die

Bundesrepublik Deutschland
und die übrigen Vertragsparteien

am 1. November 1978

in Kraft getreten. Das Abkommen ist im Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften Nr. L 267 vom 27. September 1978 veröffentlicht worden.

Bonn, den 22. Februar 1979

Der Bundesminister des Auswärtigen
Im Auftrag
Dr. Fleischhauer

Bekanntmachung über das Inkrafttreten des Übereinkommens zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland, der Regierung der Französischen Republik und der Regierung des Spanischen Staates über die Erstreckung einiger Vorschriften über die Soziale Sicherheit

Vom 27. Februar 1979

Nach Artikel 3 Abs. 2 des Gesetzes vom 10. Juli 1978 zu dem Übereinkommen vom 1. März 1977 zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland, der Regierung der Französischen Republik und der Regierung des Spanischen Staates über die Erstreckung einiger Vorschriften über die Soziale Sicherheit (BGBl. 1978 II S. 945) wird hiermit bekanntgemacht, daß das Übereinkommen nach seinem Artikel 4 Abs. 1

am 1. Februar 1979

in Kraft getreten ist.

Bonn, den 27. Februar 1979

Der Bundesminister des Auswärtigen
Im Auftrag
Dr. Fleischhauer

Bekanntmachung des Abkommens zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Republik Mali über Finanzielle Zusammenarbeit

Vom 27. Februar 1979

In Bamako ist am 30. Dezember 1978 ein Abkommen zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Republik Mali über Finanzielle Zusammenarbeit unterzeichnet worden. Das Abkommen ist nach seinem Artikel 5

am 30. Dezember 1978

in Kraft getreten; es wird nachstehend veröffentlicht.

Bonn, den 27. Februar 1979

Der Bundesminister
für wirtschaftliche Zusammenarbeit
Im Auftrag
Dr. Moltrecht

Herausgeber: Der Bundesminister der Justiz — Verlag: Bundesanzeiger Verlagsges.m.b.H. — Druck: Bundesdruckerei Bonn.
Im Bundesgesetzblatt Teil I werden Gesetze, Verordnungen, Anordnungen und damit im Zusammenhang stehende Bekanntmachungen veröffentlicht. Im Bundesgesetzblatt Teil II werden völkerrechtliche Vereinbarungen, Verträge mit der DDR und die dazu gehörenden Rechtsvorschriften und Bekanntmachungen sowie Zolltarifverordnungen veröffentlicht.
Bezugsbedingungen: Laufender Bezug nur im Verlagsabonnement. Abbestellungen müssen bis spätestens 30. 4. bzw. 31. 10. jeden Jahres beim Verlag vorliegen. Postanschrift für Abonnementsbestellungen sowie Bestellungen bereits erschienener Ausgaben: Bundesgesetzblatt Postfach 13 20, 5300 Bonn 1, Tel. (0 22 21) 23 80 67 bis 69.
Bezugspreis: Für Teil I und Teil II halbjährlich je 48,— DM. Einzelstücke je angefangene 16 Seiten 1,20 DM zuzüglich Versandkosten. Dieser Preis gilt auch für Bundesgesetzblätter, die vor dem 1. Juli 1978 ausgegeben worden sind. Lieferung gegen Voreinsendung des Betrages auf das Postscheckkonto Bundesgesetzblatt Köln 3 99-509 oder gegen Vorausrechnung.
Preis dieser Ausgabe: 2,90 DM (2,40 DM zuzüglich —,50 DM Versandkosten), bei Lieferung gegen Vorausrechnung 3,40 DM. Im Bezugspreis ist die Mehrwertsteuer enthalten; der angewandte Steuersatz beträgt 6 %.

Bundesanzeiger Verlagsges.m.b.H. · Postfach 13 20 · 5300 Bonn 1

Postvertriebsstück · Z 1998 AX · Gebühr bezahlt

Abkommen zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Republik Mali über Finanzielle Zusammenarbeit

Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland

und

die Regierung der Republik Mali —

im Geiste der bestehenden freundschaftlichen Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Mali,

in dem Wunsche, diese freundschaftlichen Beziehungen durch partnerschaftliche Finanzielle Zusammenarbeit zu festigen und zu vertiefen,

im Bewußtsein, daß die Aufrechterhaltung dieser Beziehungen die Grundlage dieses Abkommens ist,

in der Absicht, zur sozialen und wirtschaftlichen Entwicklung in der Republik Mali beizutragen —

sind wie folgt übereingekommen:

Artikel 1

Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland ermöglicht es der Regierung der Republik Mali, von der Kreditanstalt für Wiederaufbau, Frankfurt am Main, für das Vorhaben „Wasserversorgung Koulikoro" einen Finanzierungsbeitrag bis zu 150 000 DM (in Worten: Einhundertfünfzigtausend Deutsche Mark) zu erhalten.

Artikel 2

Die Verwendung des Finanzierungsbeitrags sowie die Bedingungen, zu denen er gewährt wird, bestimmt der zwischen der Kreditanstalt für Wiederaufbau und der Regierung der Republik Mali zu schließende Finanzierungsvertrag, der den in der Bundesrepublik Deutschland geltenden Rechtsvorschriften unterliegt.

Artikel 3

Die Regierung der Republik Mali stellt die Kreditanstalt für Wiederaufbau von sämtlichen Steuern und sonstigen öffentlichen Abgaben frei, die im Zusammenhang mit Abschluß und Durchführung des in Artikel 2 erwähnten Finanzierungsvertrages in der Republik Mali erhoben werden.

Artikel 4

Dieses Abkommen gilt auch für das Land Berlin, sofern nicht die Regierung der Bundesrepublik Deutschland gegenüber der Regierung der Republik Mali innerhalb von drei Monaten nach Inkrafttreten des Abkommens eine gegenteilige Erklärung abgibt.

Artikel 5

Dieses Abkommen tritt am Tage seiner Unterzeichnung in Kraft.

Geschehen zu Bamako am 30. Dezember 1978 in zwei Urschriften, jede in deutscher und französischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

Für die Regierung der Bundesrepublik Deutschland
Hans-Albrecht Schraepler

Für die Regierung der Republik Mali
Ousmane Diallo